Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

22. Sitzung
14. September 2023

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.57 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)** **Hier: Einzelplan 07 Kapitel 0700 bis 0721, 0740 (alle Titel mit Bezug zu Klimaschutz und Umwelt), 0750 bis 0752 sowie** **Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (alle Titel mit Bezug zu Klimaschutz und Umwelt)** **– Vorabüberweisung –** – 1. Lesung –	0112 UK Haupt(f)

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erläutert einleitend, dass die Fragen und Berichtsaufträge der Fraktionen in einer Synopse – siehe Anhang zum Beschlussprotokoll – zusammengefasst seien. Sie sei auch dem Senat vorab zur Verfügung gestellt worden und könne auf der Webseite unter dem Vorgang 0112 öffentlich eingesehen werden. Die Fraktionen hätten sich darauf verständigt, dass zuerst die Senatorin den Haushaltsplan einleitend vorstelle. Anschließend daran würden die lfd. Nrn. der Synopse nacheinander aufgerufen. Hätten mehrere Fraktionen zu einem Titel Fragen gestellt, würden diese im Rahmen eines gemeinsamen Berichts beantwortet. Auf Bitten des Senats habe dieser die Möglichkeit, eine Frage mündlich zu beantworten. Die fragestellende Fraktion müsse dann anzeigen, ob weiterhin eine schriftliche Beantwortung gewünscht sei. Titel und Kapitel, die mündlich beantwortet oder zu denen keine Fragen oder Berichtsaufträge eingereicht worden seien, gälten als erledigt. Weitere noch nicht in der Synopse vermerkten Fragen und Berichtsaufträge müssten von den Fraktionen während der Sitzung angemeldet und der genaue Wortlaut bis zum folgenden Tag 12.00 Uhr eingereicht werden. Nachträgliche Fragen und Berichtsaufträge seien nicht möglich, da dann die Zustimmung des Ausschusses nicht vorausgesetzt werden könne. Personaltitel und Stellenpläne aller Einzeltitel würden im entsprechenden Unterausschuss des Hauptausschusses besprochen. Die Generalaussprache finde im Rahmen der zweiten Lesung statt.

Danny Freymark (CDU) beantragt, dass es möglich sein solle, Fragen der Synopse auf Zuruf in einen schriftlichen Bericht umzuwandeln. Manche Fragen, die in der Synopse als mündlich zu beantworten geführt würden, seien schriftlich besser zu beantworten. Dies sei ein Beitrag zu einem effizienten Ablauf der Sitzung. – Alle Titel sollten zur zweiten Lesung zurückgestellt werden, damit gegebenenfalls Änderungsanträge eingereicht werden könnten. – Es solle beachtet werden, dass die Generalaussprache in der Sitzung zur zweiten Lesung des Haushaltsplanes stattfinde.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) schließt sich an, dass manche Fragen schriftlich besser zu beantworten seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass alle dem Ausschuss überwiesenen Kapitel und Titel zurückgestellt würden.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erläutert einleitend, dass ein klimaneutrales Berlin deutlich vor 2045 das Ziel sei. Nur so könne das 1,5-Grad-Ziel eingehalten werden. Das benötige die rasche Umsetzung von Maßnahmen, was sich im Haushalt 2024/2025 widerspiegle. Die Haushaltsaufstellung sei durch die Konsolidierung, höhere Ausgaben und Unsicherheiten über die Höhe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel schwierig gewesen. Dennoch sei es gelungen, eine solide Basis zu schaffen. Der Haushalt sei trotzdem ein Klimaschutzhaushalt, der sich durch einen langfristigen Fahrplan für die kommenden Jahrzehnte sowie die kurzfristige Ermöglichung von konkreten Einzelmaßnahmen auszeichne. Zentraler Rahmen der Gesamtstrategie sei das BEK mit seinen sechs Handlungsfeldern Energie, Gebäude, Wirtschaft, Verkehr, Konsum und übergreifende Maßnahmen. Die Umstellung auf fossilfrei erzeugten Strom und Wärme sei zentral und werde mit dem Masterplan Solar City, der kommunalen Wärmeplanung, der Steigerung der energetischen Sanierung durch Förderprogramme und Steigerung der Energieeffizienz von Unternehmen vorangetrieben. Bei der Wärmewende werde die Geothermie mit einem Potenzial von bis zu 20 Prozent der Wärmeversorgung eine wichtige Rolle spielen. Geplante Standorte seien die Urban-Tech-Republic, der Campus Buch und das Fernheizwerk Neukölln. Die Wärmewende werde mit Förderprogrammen unterstützt.

Kurzfristige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel müssten angestoßen werden, damit Berlin lebenswert bleibe. Das Stadtgrün in Berlin sei bedeutend für die Lebensqualität in der Stadt, stehe aber unter Druck durch Klimawandel, Nutzungsdruck und Flächenkonkurrenz. Es müsse geschützt, gepflegt und an den Klimawandel angepasst werden. Deshalb werde in neues Stadtgrün investiert. 10 000 neue Stadtbäume würden gepflanzt und Dächer- und Fassadenbegrünung sowie die bezirkliche Grünpflege unterstützt. – Weltweit gebe es einen Verlust an Biodiversität. Berlin sei eine der artenreichsten Metropolen Europas, sodass der Erhalt der Vielfalt weiter gestärkt werden müsse und Biotope geschützt werden müssten.

Ein weiterer Schwerpunkt werde die Sicherung der Wasserversorgung sein. Berlin führe den Masterplan Wasser weiter, prüfe die Handlungsoptionen und setze sie um. Um die Belastung der Gewässer durch Mischwasserüberläufe bei Starkregen zu senken, werde der Überlauf begrenzt. Die Regenwasseragentur werde finanziell gestärkt und Berlin damit zur Schwammstadt weiterentwickelt. – Klima- und Umweltschutz beinhalte auch die Ressourcenvermeidung und -schonung. Daher würden Projekte im Bereich Kreislaufwirtschaft, wie der unbürokratische Reparaturbonus und die Zero-Waste-Agentur, zur Vermeidung von Abfall bei privaten Haushalten und der Wirtschaft gefördert. – Mit dem Haushaltsentwurf sei es gelungen, Berlin bei Klimaschutz und Anpassung zu stärken, sodass es ein Haushalt für den Klima- und Umweltschutz sowie für die Menschen in dieser Stadt sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bedankt sich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung des Abgeordnetenhauses die Sitzung gut vorbereitet hätten.

Einzelberatung

Der **Ausschuss** bittet um die Beantwortung der in der Synopse – siehe Anlage zum Beschlussprotokoll – aufgeführten Fragen und die Übermittlung der angeforderten Berichte rechtzeitig zur zweiten Lesung am 12. Oktober 2023.

Darüber hinaus wurde zu folgenden Titeln in der Ausschusssitzung ausgeführt:

Einzelplan 07

Kapitelübergreifende Fragen

Frage Nr. 1, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie viele Gelder werden für das FÖJ in welchen Titeln bereitgestellt? Müssen Bundeskürzungen kompensiert werden? Welche Auswirkungen auf Berlin? Wie bewertet der Senat die Höhe des Taschengeldes? Gibt es hier Anpassungsbedarf?

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) erläutert, dass die Gelder im Kapitel 0710, FÖJ Maßnahmengruppe, eingestellt seien und jährlich 1,7 Mio. Euro Landesmittel und 2 Mio. Euro ESF-Mittel bereitgestellt würden.

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass die Forderung einer mündlichen Beantwortung der Frage, wie sie in der Synopse vermerkt sei, nicht auf die Koalitionsfraktionen zurückgehe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 1 schriftlich beantwortet werde. – Die Fragen Nr. 2 und Nr. 3 würden ebenfalls schriftlich beantwortet.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) weist hin, dass die Frage Nr. 4 und die Nr. 19 ähnlich seien und in einem Bericht beantwortet werden könnten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass so verfahren werde.

Julia Schneider (GRÜNE) merkt an, dass die Frage Nr. 5 und die Nr. 17 ähnlich seien und in einem Bericht beantwortet werden könnten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass so verfahren werde. – Die Fragen Nr. 6 und Nr. 7 würden schriftlich beantwortet.

Julia Schneider (GRÜNE) weist hin, dass die Fragen Nr. 8 und Nr. 20 ähnlich seien und in einem Bericht beantwortet werden könnten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass so verfahren werde. – Die Frage Nr. 9 werde schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 10, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wo finden sich Mittel für eine Bienen- und Bestäuberstrategie wieder? Welche Maßnahmen sind im DH 24/25 geplant?

Danny Freymark (CDU) schlägt vor, dass die Mitarbeiter/-innen der Senatsverwaltung deutlich anzeigen sollten, wenn sie eine Frage mündlich ausreichend beantworten könnten.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass die Mittel im Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün – und dort im Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben – unter der Nr. 8 enthalten seien. Dabei handle es sich um die Fortführung eines laufenden Projekts, das Bezug auf die Regierungsrichtlinien nehme, eine Strategie zur Förderung von Bienen und anderen Bestäubern zu verstetigen. Zu den Projektbausteinen gehörten Medien- und öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die Erhöhung der Anzahl von Blühflächen oder auch Materialien im Bildungsbereich. Dazu gebe es eine Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Wildtier Stiftung.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 10 erledigt sei. – Die Fragen Nr. 11 und Nr. 12 würden schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 13, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie plant der Senat die PMA im EP07 aufzulösen? Bitte um eine titelscharfe Auflistung.

Stefan Reepschläger (SenMVKU) schlägt vor, dass die Frage Nr. 13 mit den ähnlichen Fragen Nr. 32 und Nr. 40 zusammengefasst und in einem Bericht beantwortet werde.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) schlägt vor, dass in den Berichten zu zusammengefassten Fragen angemerkt werde, auf welche Fragen sich die Antwort beziehe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass so verfahren werde.

Frage Nr. 14, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele Personen sind derzeit in der Senatsverwaltung im Bereich Wärmewende beschäftigt bzw. wie viele offene Stellen gibt es?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass die Zuständigkeit im Referat III A, Klimaschutz und Klimaanpassung, liege. Eine Arbeitsgruppe mit aktuell sieben Stellen sei dafür zuständig, wobei eine Stelle derzeit besetzt werde. Darüber hinaus seien auch Fachbereiche anderer Senatsverwaltungen mit dem Thema Wärmewende befasst.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 14 erledigt sei.

Frage Nr. 15, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchem Titel/Einzelplan werden die Projekte zur Tiefengeothermie im Stadtgebiet abgebildet?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) weist hin, dass die Projekte der Tiefengeothermie an drei Stellen abgebildet seien. Im Titel 54010 – Dienstleistungen – finde sich im Teilansatz 19 der Innovationsförderfonds, mit dem die drei genannten Bohrungen gefördert würden. Im Teilansatz 21 seien die fachlichen Grundlagen eingestellt. Dazu kämen die BEK-Mittel im Titel 54121 – Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 15 erledigt sei. – Die Fragen lfd. Nr. 16, 17, 18, 19 und 20 würden schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 21, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen zum Thema Wärmewende.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) weist hin, dass die Frage Nr. 21 zusammen mit der Frage Nr. 6 in einem Bericht beantwortet werden könne.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass so verfahren werde.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass die Wärmewende im Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün – und dort im Titel 54010 – Dienstleistungen –, Teilansatz 24, Wärmekataster und Wärmeplanung, abgebildet sei

Danny Freymark (CDU) erinnert, dass die Fragen Nr. 6 und Nr. 21 zusammengefasst worden seien, wobei die Frage Nr. 6 noch in einem schriftlichen Bericht beantwortet werden müsse.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 21 mit der lfd. Nr. 6 in einem Bericht zusammengefasst und schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 22, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen zur Lärmminderung werden umgesetzt? Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen zum Thema.

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) bittet, dass die Frage Nr. 22 mit der Frage Nr. 52 zusammengefasst werde, da unter Nr. 52 weitere detaillierte Fragen aufgeführt seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass so verfahren werde.

Frage Nr. 23, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Projekte der Zivilgesellschaft sollen im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung (Verantwortungsbereich Referat III A) in welcher Höhe gefördert werden?

Julia Schneider (GRÜNE) bittet, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde, aber gegebenenfalls bereits mündlich ausgeführt werden könne.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass es das Ziel sei, möglichst viele Projekte zu unterstützen, die seitens der Zivilgesellschaft im Rahmen des Klimaschutzes und damit über alle Handlungsfelder des BEK betrieben würden. Beispiele seien die Kofinanzierung der Jungen Klimakonferenz, aber auch die Aktivitäten für grüne Schulhöfe des Vereins BAUFACHFRAU. Diese sollte fortgeführt werden. Ebenso würden Vereine im Bereich Kleingehölze und krautige Pflanzen unterstützt.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) ergänzt, dass die Junge Klimakonferenz 2024 in Berlin stattfinde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 23 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 24, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchen Haushaltstiteln werden die Mittel für die geplante Wolfshotline etatisiert? Bitte Höhe der Mittel angeben.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass die Hotline im Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün – , Titel 54010 – Dienstleistungen – etatisiert sei. Die Hotline sei erst seit wenigen Wochen eingerichtet. Es seien noch keine Mittel ausgegeben, weil diese bedarfsabhängig und die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Die Frage ähnle der lfd. Nr. 31.

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass noch die Höhe der Mittel erläutert werde.

Beate Züchner (SenMVKU) antwortet, dass der Betrag im genannten Titel ausgewiesen sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 24 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 25, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der Stand der Bau- & Sanierungsmaßnahmen bei der Wildvogelstation im Wuhletal? Über welche Haushaltstitel und in welcher Höhe werden diese Maßnahmen finanziert?

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass der Senat zur Wildvogelstation keine Auskunft geben könne, weil das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf zuständig sei. Die Maßnahmen würden durch SIWA-Mittel mit 1,5 Mio. Euro gefördert.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 25 erledigt sei. – Die Frage Nr. 26 werde mit der Nr. 16 zusammengefasst und schriftlich beantwortet. – Die lfd. Nrn. 27, 28 und 29 würden schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 30, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchen Titeln ist die Forschung und das Monitoring für Neozoen etatisiert und welche Projekte sind hier geplant?

Beate Züchner (SenMVKU) führt aus, dass für die Erforschung von Arten, die gemäß der Verordnung (EU) 1143/2014 invasiv seien, keine Haushaltsmittel etatisiert seien. Schwerpunkt sei die Umsetzung der IAS-Verordnung mit dem Aufbau eines Überwachungssystems. Hierfür gebe es keinen spezifischen Titel, sondern es würden bedarfsgerecht andere Titel herangezogen.

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass in einem schriftlichen Bericht das Vorgehen der Heranziehung anderer Titel erläutert werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen Nr. 30 und Nr. 31 schriftlich beantwortet würden. – Die Frage Nr. 32 werde mit den lfd. Nrn. 13 und 40 zusammengefasst und schriftlich beantwortet. – Die Frage Nr. 33 werde schriftlich beantwortet. – Die Frage Nr. 34 werde mit der Frage Nr. 53 zusammengefasst und schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 35, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftlichen Bericht: Welche Maßnahmen beabsichtigt die Senatsverwaltung für das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation anzumelden bzw. darüber zu finanzieren? Bitte um Bericht mit Aufzählung evtl. geplanter Maßnahmen.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) weist hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen zur Ausgestaltung des Sondervermögens getroffen werden könnten. Das Sondervermögen liege noch beim Abgeordnetenhaus, und die SenFin müsse die Ausgestaltung der Kriterien finalisieren.

Ferat Koçak (LINKE) bittet, dass die lfd. Nrn. 35, 36 und 37 schriftlich beantwortet würden.

Danny Freymark (CDU) schlägt vor, dass sich die Abgeordneten proaktiv an der Ausgestaltung des Sondervermögens beteiligten. Zum jetzigen Zeitpunkt könnten Vorschläge eventuell noch eingearbeitet werden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) unterstreicht, dass die Frage wichtig sei, um die Pläne der Senatsverwaltung zu dokumentieren. Im Einzelplan 13 seien bereits konkrete Haushaltstitel in das Sondervermögen verschoben und entsprechend im Haushalt reduziert worden. – Seine Fraktion werde sicher viele gute Vorschläge zur Nutzung des Sondervermögens einbringen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 35 schriftlich beantwortet werde. – Die Fragen Nr. 36 und Nr. 37 würden schriftlich beantwortet. – Die Frage Nr. 38 werde mit der Nr. 33 zusammengefasst und schriftlich beantwortet.

Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Maßnahmengruppe 32

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Frage Nr. 39, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wurde GRIS in den beiden Haushaltsjahren weiterentwickelt? Wofür wird der Aufwuchs der Finanzmittel vorgesehen?

Jörg Pietsch (SenMVKU) bittet, dass die Frage schriftlich beantwortet werden könne, weil der Titel sehr kleinteilig sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 39 schriftlich beantwortet werde. – Die lfd. Nrn. 40 und Nr. 41 würden schriftlich beantwortet.

Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen –

Frage Nr. 42, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gibt es Pläne, die Bundesbrunnen zu übernehmen? Wie sind die Zuständigkeiten aktuell, wie soll es in der Zukunft sein?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) weist hin, dass die Frage schwierig zuzuordnen sei, weil sich der genannte Titel auf die Zierbrunnen beziehe. Die Bundesbrunnen seien als Titel nicht vorhanden, die diese vom Bund bezahlt würden. Sie interpretiere die Frage so, dass es um die

Notwasserbrunnen gehe. Es sei geplant, die Wartung und Unterhaltung aller Notwasserbrunnen an die BWB zu übergeben. Das gelte auch für die Bundesbrunnen. Das werde derzeit noch mit der SenFin abgeklärt.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass eine verständliche Übersicht über die Verteilung der unterschiedlichen Brunnenarten in Berlin und deren Zuständigkeiten gegeben werde.

Julia Schneider (GRÜNE) präzisiert, dass der schriftliche Bericht erläutern solle, wie die Zuständigkeit bezüglich der verschiedenen Brunnen aktuell verteilt sei und wie sie sich in Zukunft darstellen solle.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 42 mit der Nr. 180 zusammengefasst und schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Grundsatz –

Titel 54101 – Klimaschutz als Bildungsinhalt –

Frage Nr. 43, Fraktion Die Linke

Wofür sind die erhöhten Mittel im Zuge der Wahrnehmung der neuen Aufgabe einer zentralen Förderstelle für EU- und Bundesfördermittelgenau vorgesehen?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) erläutert, dass die Mittel für den Aufbau einer neuen Arbeitseinheit in der Abteilung G genutzt würden, um bisher noch weitgehend ungenutzte Fördermöglichkeiten der EU und des Bundes nutzen zu können. Perspektivisch könne diese Einheit auch die Bezirke unterstützen, aber die Strukturen müssten zunächst aufgebaut werden. Dies könne eine langfristige Investition für schwierigere Haushaltslagen sein.

Dr. Jürgen Krafczyk (SenMVKU) unterstreicht, dass das eine Investition in die langfristige Entlastung des Haushalts sei. Der Hemmschuh bei der Akquise von Fördermitteln sei der große Aufwand. Die Fachbereiche könnten mit dieser Einheit entlastet werden, aber es brauche einen leistungsfähigen Dienstleister, der die Antragsstellung und Abwicklung der Fördermaßnahme begleite.

Julia Schneider (GRÜNE) teilt mit, dass das Ansinnen sinnvoll sei und schriftlich niedergelegt werden solle.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 43 schriftlich beantwortet werde.

Titel 54077 – Steuern, Abgaben –

Frage Nr. 44, Fraktion Die Linke

Bitte umfassenden Bericht zu Öffentlichen Toilettenanlagen, Werberechtsverträgen und deren Steuerfragen

Katalin Gennburg (LINKE) schlägt vor, dass alle Fragen zum Themenkomplex Toilettenanlagen in einem schriftlichen Bericht beantwortet würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen Nr. 44 und Nr. 45 zusammengefasst und schriftlich beantwortet würden.

Julia Schneider (GRÜNE) bittet, dass auch dargelegt werde, ob alternative Konzepte wie „Die nette Toilette“ geprüft würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, dass die Frage schriftlich beim Ausschussbüro nachgereicht werde.

Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –

Frage Nr. 46, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum sinken die Investitionsausgaben in der HGr. 8 um über 33% bis 2025?

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) erläutert, dass die Investitionsausgaben des Kapitels generell nicht so hoch seien, weil es keine bauende Abteilung sei. Es gebe aber Förderprogramme wie BENE I und BENE II für Investitionen. Bei Investitionsförderprogrammen gebe es ein Muster, dass die meisten Mittel in der Mitte der Laufzeit abflössen und am Anfang und Ende jeweils weniger Mittel verausgabt würden. BENE I laufe aus und BENE II stehe am Anfang, sodass dort die Mittel zunächst in Planungsausgaben flössen und daher der Abfluss niedriger sei. Eine andere Förderung sei für ein Projekt von STADT UND LAND, das so ebenfalls so kalkuliert sei, dass in den kommenden Jahren weniger Mittel abflössen. Das Schiffsförderprogramm werde eingestellt, da die Bundesförderung attraktiver sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 46 erledigt sei. – Die Frage Nr. 47 werde schriftlich beantwortet.

Maßnahmengruppe 02

Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027) –

Frage Nr. 48, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie erklärt sich der Anstieg im Ansatz? Wie viele FÖJ-Plätze werden damit ermöglicht? Gibt es eine Differenz zum letzten Doppelhaushalt?

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) schlägt vor, dass die Frage Nr. 48 mit den lfd. Nrn. 1, 60 und 62 zusammengefasst in einem schriftlichen Bericht beantwortet würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass entsprechend verfahren werde. – Die Fragen Nr. 49, 50 und 51 würden schriftlich beantwortet. – Die Frage Nr. 52 sei bereits mit der Frage Nr. 22 zusammengefasst.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 53, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Publikationen wurden erstellt? Welche Internetpräsenzen und Social Media Präsenzen wurden erstellt? Wie viele Menschen wurden durch die Öffentlichkeitsarbeit informiert über die Themen?

An welchen konkreten Orten und über welche Formate sowie Kanäle werden die Publikationen verbreitet? Und gibt es Pläne, um neue Zielgruppen zu erreichen? Liegt eine Kommunikationsstrategie für die Veröffentlichungen vor?

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) erläutert, dass verschiedene Maßnahmen aus dem Titel finanziert würden. Das seien im Bereich Kreislaufwirtschaft die Newsletter Zero Waste und die Grüne Beschaffung, die Erarbeitung von Handlungsleitfäden für die nachhaltige Beschaffung sowie die Unterstützung zur Umsetzung der VwVBU. Dafür gebe es auch Unterstützungsdienstleistungen. Die Publikation des Umweltgerechtigkeitsatlasses sei ebenfalls über den Titel finanziert worden. Weitere Publikationen dazu würden folgen. – Ebenfalls würden flankierende Maßnahmen zur Berliner Nachhaltigkeitsstrategie finanziert. – Für BENE II würden umfangreiche Informationsveranstaltungen, Materialien sowie die dazugehörige Webseite finanziert. – Es gebe keine eigene Social-Media-Kampagne, sondern das laufe über die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung.

Danny Freymark (CDU) regt an, dass bei wichtigen Themen auch ein größerer Kreis Berliner Bürger zu Veranstaltungen eingeladen werde, um die Außenkommunikation zu stärken. Gebe es dafür ein Bewusstsein sowie ein Budget? Social Media könne nur einen kleinen Teil der Betroffenen erreichen. – Die Frage sei mündlich ausreichend beantwortet.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) erinnert, dass die ähnliche Frage Nr. 34 noch schriftlich beantwortet werden müsse.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 53 erledigt sei. – Die Frage Nr. 54 werde schriftlich beantwortet.

Titel 54053 – Veranstaltungen – (neu)

Frage Nr. 55, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu 1: Welche Kosten sollen bei den Sitzungen des „Runden Tisch Luftreinhaltestrategie“ gedeckt werden und warum unterscheidet sich der Titel in den Jahren 2024 und 2025?

Zu 2: Welche Veranstaltungen sind zur Luftreinhaltestrategie geplant und wer soll diese ausrichten?

Zu 3: Welche Veranstaltungen sind zum Thema „Richtig Heizen mit Holz“ geplant und wer soll diese ausrichten? Welche Ziele sollen mit den Workshops erreicht werden?

Zu 5: Wie viele Veranstaltungen sind hier geplant und wofür werden die Mittel genau veranschlagt?

Zu 6: Wen umfasst der Teilnahmekreis dieser Sitzungen? Ist gesichert, dass auch Vertreter*innen aus den Bezirken berücksichtigt werden?

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) erläutert, dass der Runde Tisch dazu diene, im Vorgriff auf die zu erwartende Verschärfung der Grenzwerte der Luftschadstoffe mögliche Maßnahmen zu prüfen. Die Ansätze pro Jahr unterschieden sich aufgrund der unterschiedlichen Sitzungszahl. Außerdem solle es verschiedene Foren zu spezifischen Themen wie Reifenabrieb geben. – Zum Thema "Richtig Heizen mit Holz" seien Praxisworkshops zusammen mit der Ofenakademie geplant. – Der Titel sei auch dafür gedacht, die Kommunikation innerhalb der Verwaltungen und mit den Bezirken zu stärken, und ermögliche eine externe Moderation oder ein Catering.

Julia Schneider (GRÜNE) bittet, dass die Antwort auch schriftlich gegeben werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 55 schriftlich beantwortet werde.

Titel 54105 – Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung –

Frage Nr. 56 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Teilansatz 1: Entwicklung einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie 2030

Welche Maßnahmen sind konkret mit welchem Zeitrahmen geplant? Welche Ziele werden mit der Nachhaltigkeitsstrategie für Berlin verfolgt? Wann geht die Strategie in die Umsetzung?

Frage Nr. 56 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie erklärt sich der starke Mittelaufwuchs?

Frage Nr. 56 c, Fraktion Die Linke

Nr. 1: Berliner Nachhaltigkeitsstrategie 2030: was ist in 23 geschehen? Was wird geplant? Warum Aufwuchs?

Nr. 3: Welche Zielstellung verfolgt die Landeskoordinierung? Über welche Bereiche werden koordinierende Leistungen erbracht? Was wurde bisher gemacht? Warum Ist 2022 Null? Wo findet die Bildung statt?

Frage Nr. 56 d, AfD-Fraktion

Zur Entwicklung einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie 2023:

Bitte um nähere Auskünfte für die zu erwartenden Ausgaben bei Dienstleistungsaufträgen, für die Konzeption und Umsetzung des Beteiligungsprozesses, der Öffentlichkeitsarbeit und der Durchführung von verschiedenen Veranstaltungsformaten sowie der wissenschaftlichen Begleitung. Nach Möglichkeit als Einzelposten aufführen.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) führt aus, dass die neue Koalition auf den Vorarbeiten der Berliner Nachhaltigkeitsstrategie aufsetze und die Umsetzung anstoßen wolle. Dafür gebe es vier Säulen. Erstens sollten alle Akteure im Bereich Nachhaltigkeit in Gespräche einbezogen und konkrete Maßnahmen besprochen werden, zweitens würden sich Kurzzeitziele gesetzt, deren Erfolg mit Berichten nachprüfbar gemacht werde, drittens sollten die Akteure besser vernetzt werden, um die Umsetzung zu stärken, und viertens sollten die Vorhaben der Bevölkerung kommuniziert werden, um dieser Angebote für eigenes Engagement zu machen. – Derzeit werde die Besprechungsunterlage erstellt, die im September im Senat diskutiert werde. Am 19. Oktober finde eine Kick-off-Veranstaltung mit dem Kanzleramt statt, wo in Workshops die drei wichtigsten zu Beginn zu bearbeitenden Themen angegangen würden. Die strategische Entwicklung erfolge dann 2024.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob der Prozess dazu diene, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erstellen, oder sei diese Teil davon? Das beschriebene Verfahren wirke sehr umfangreich. Berlin brauche eine Strategie, um einen Handlungsrahmen zu haben.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) präzisiert, dass das eher als „lernende Strategie“ bezeichnet werden könne. Sie solle nicht statisch sein, sondern flexibel, um auf Entwicklungen reagieren zu können.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) merkt an, dass die Strategie auf eine Initiative seiner Fraktion zurückgehe. Wünschenswert sei, wenn diese auch auf der Ebene der Senatskanzlei koordiniert werde, wie es in Hamburg praktiziert werde. Er sei der Verwaltung dankbar, dass die Strategie fortgeführt werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 56 schriftlich beantwortet werde. – Die lfd. Nrn. 57, 58 und 59 würden schriftlich beantwortet.

Titel 68492 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027) –

Frage Nr. 60, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen kurzen Bericht, welche Einrichtungen gefördert worden sind und gefördert werden sollen.

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) weist hin, dass das in Zusammenhang mit den weiteren Fragen zum FÖJ schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 60 schriftlich beantwortet werde.

Titel 89111 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen –

Frage Nr. 61, Fraktion Die Linke

Welche Leuchttürme wurden finanziert? Was wurde daraus gelernt? Regelhafte Verstetigung bei anderen Bauvorhaben? Werden die Ausgaben für das Leuchtturmprojekt auslaufen? Warum Sperrvermerk?

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) erläutert, dass mit dem Titel ein Projekt der STADT UND LAND gefördert werde, die zwei nachhaltige Typenhäuser in jeweils unterschiedlicher Bauweise errichte. Das eine werde in Holz-Lehm-Bauweise und das andere in Holz-Ziegel-Bauweise errichtet. Der Sperrvermerk begründe sich darin, weil das Projekt durch den Hauptausschuss lief und es Innovationsförderfondsmittel seien. Es sei eine einmalige Förderung.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, um welche rote Nr. es sich handle.

Sybille Schultz-Hüskes (SenMVKU) antwortet, dass das nachgereicht werde.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass die Frage kurz schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 61 schriftlich beantwortet werde. – Die lfd. Nrn. 62 und 63 würden mit dem FÖJ-Bericht zusammengefasst und schriftlich beantwortet. – Die lfd. Nrn. 64, 65, 66, 67, 68 und 69 würden zusammengefasst und in einem Bericht schriftlich beantwortet.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –

Frage Nr. 70, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum steigen die Sachausgaben bis 2025 in diesem Kapitel um fast 40 % an?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) bittet, dass bei dieser Frage kurz mündlich ausgeführt werden dürfe, um zu erläutern, warum die Kosten für die Berliner Wasserbetriebe – BWB – stiegen.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass die Ausgabensteigerung auf die starken Erhöhungen der Energie- und Sachmittelkosten zurückzuführen seien. Die Kosten für Messgeräte für die Labore, die Beschaffung der Fällmittel für die BWB sowie die Sanierungskosten von Anlagen aufgrund steigender Handwerker- und Materialkosten hätten sich stark erhöht. Auch würden mehr Dienstleistungen zur Umsetzung der Klimaziele eingekauft.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bittet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Katalin Gennburg (LINKE) weist hin, dass die Fragen Nr. 72 und 73 thematisch passend seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 70 schriftlich beantwortet werde. – Die Fragen Nr. 72 und 73 würden schriftlich beantwortet.

Titel 09901 – Abwasserabgabe –

Frage Nr. 74 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Nr. 3: Um wen handelt es sich bei den sonstigen Einleitern?

Frage Nr. 74 b, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: Warum Einnahmen höher geschätzt als Ist 2022? Inwieweit ist dies plausibel begründbar?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass die aufgeführten „sonstige Einleiter“ Einleitungen von gewerblich genutzten Flächen größer als 3 Hektar seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 74 a erledigt sei.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) weist hin, dass die Einnahmen durch die Abgabe auf Schätzungen basierend auf den Einnahmen der letzten Jahre plus eines zu erwarteten Aufwuchses beruhten. Konkret könnten die Einnahmen erst am Ende des Jahres abgerechnet werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 74 b schriftlich beantwortet werde.

Titel 11147 – Grundwasserentnahmeentgelt –

Frage Nr. 75 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wer sind die größten Zahler des Grundwasserentnahmeentgeltes? Wie viel Geld entfällt auf Bauvorhaben?

Frage Nr. 75 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aus wem setzt sich die Gruppe der Dauernutzer zusammen? (Entgelt in Höhe von 1.500.000 Euro in 2023). Im Zusammenhang mit welchen Bauvorhaben wurden Grundwasserentnahmeentgelte in Höhe von 3.000.000 Euro in 2023 eingenommen, bzw. für 2024 und 2025 erwartet?

Frage Nr. 76, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: Warum Einnahmen höher geschätzt als Ist 2022? Inwieweit ist dies plausibel begründbar?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass die geplanten Einnahmen ebenfalls auf Schätzungen beruhten. – Die maßgeblichen Entnehmer seien die BWB, Entnahmen für die Gebäudetrockenhaltung gegen vernässte Keller, die gewerbliche Nutzung und Grünanlagenbewässerung.

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass auch die Frage zu den Bauvorhaben beantwortet werde.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) antwortet, dass das schwer zu prognostizieren sei. Die Entwicklungen im bauenden Bereich seien dynamisch. Teilweise seien Bauprojekte der Jahre bekannt, teilweise lägen noch keine Anträge vor.

Katalin Gennburg (LINKE) bemängelt, dass die Verwaltung bezüglich der gewerblichen Entnehmer im Vergleich zu anderen Bundesländern keine Auskunft gebe. – Wann werde diese Transparenz hergestellt? Wenn nicht, warum sei das nicht möglich?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, dass die Frage verschriftlich und nachgereicht werde.

Julia Schneider (GRÜNE) bittet, dass die Frage Nr. 75 b schriftlich beantwortet werde. Außerdem sollten die Bauvorhaben des Jahres 2023 aufgelistet werden.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) weist hin, dass die Umweltverwaltung diese Fragen aus Gründen des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses der Unternehmer nicht beantworten dürfe. Es gebe unterschiedliche Handhabungweisen zwischen den Bundesländern, insofern müsse die Frage der Transparenz an die zuständige Stelle gestellt werden.

Katalin Gennburg (LINKE) fordert, dass die Verwaltung schriftlich beantworte, warum sie diese Auskünfte nicht erteilen dürfe, obwohl andere Bundesländer die Möglichkeit hätten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen Nr. 75 und 76 schriftlich beantwortet würden.

Titel 11149 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz –

Frage Nr. 77, Fraktion Die Linke

e) Überschwemmung:

Bitte Zusammenhang mit WRRL erläutern? Wie viele Anträge wurden gestellt und beschieden, wie viele Ausnahmen?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) führt aus, dass seit dem Erlass der Überschwemmungsgebietsverordnung seit 2022 viele Anträge für Ausnahmen gestellt würden, die gebührenpflichtig seien. Eine statistische Auswertung der Anträge sei schwierig umsetzbar, da es sich häufig um kleine Maßnahmen wie einem Anbau handle.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass die Statistik schriftlich nachgereicht werde.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) fragt nach, ob nur die Anzahl der erteilten Befreiungen in Überschwemmungsgebieten dargestellt werden solle.

Katalin Gennburg (LINKE) stellt klar, dass aufgeführt werden solle, wie viele Anträge gestellt worden seien, welche wie beschieden worden seien und wie viele Ausnahmen erteilt worden seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 77 schriftlich beantwortet werde.

Titel 23112 – Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 78, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie werden Boden- und Grundwasserverunreinigungen dokumentiert und wenn ja, wie viele Fälle von Boden- und Grundwasserverunreinigungen gibt es? Welche Daten bilden die Berechnungsgrundlage für den Ansatz in 2024 und 2025? Bitte listen Sie alle bekannten Fälle auf und erklären die dazugehörige Mittelaufwuchsnotwendigkeit. Wer ist mit der Reinigung bzw. Sanierung beauftragt? Wie werden diese Aufträge vergeben?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass die Zuweisungen des Bundes an die Ausgaben der Verwaltung gekoppelt seien. Es gebe Sanierungsmaßnahmen, die in einem Freistellungsverfahren liefen, wo der Bund mitfinanziere. Die Datengrundlage basiere auf Schätzungen, da konkrete Zahlen erst Ende des Jahres vorlägen. Der Mittelaufwuchs begründe sich mit den erheblich gestiegenen Kosten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 78 schriftlich beantwortet werde. – Die Frage Nr. 79 werde schriftlich beantwortet.

Titel 52104 – Unterhaltung des Grundwasser- und Oberflächenwassermessnetzes –

Frage Nr. 80, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Auf welcher Berechnungs- und Datenlage ergibt sich der Mittelaufwuchs von 2022 auf 2023 und ab 2024? In welcher Form werden die Daten ausgewertet und veröffentlich?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass sich der Aufwuchs mit einem Austausch von alten und defekten Geräten begründe. Es gebe eine große Nachfrage nach Messwerten, gerade nach Grundwasserständen für Bauvorhaben. Daher sei es das Ziel, alte Geräte durch Funkdatenlogger auszutauschen, deren Daten stundenaktuell auf dem Wasserportal einsehbar seien, um den Zugriff auf die Daten zu verbessern.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, wie lange es dauere, die Geräte auszutauschen.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) antwortet, dass jeder Datenlogger sofort verlinkt werde, sodass sich die Zahl nach und nach erhöhe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 80 erledigt sei. – Die Fragen Nr. 81 und 82 würden schriftlich beantwortet.

Titel 54016 – Ermittlung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen –

Frage Nr. 83, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie werden die Boden- und Grundwasserverunreinigungen ermittelt, erfasst und bewertet? Welche Maßnahmen gibt es hier? Welche Akteure sind maßgebend?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) schlägt vor, dass die sich ähnelnden Fragen Nr. 83, 84 und 85 in einem Bericht beantwortet würden, weil die Antworten sehr umfangreich seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass so verfahren werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frage Nr. 86 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Nr. 7: Sind die Mittel für die Regenwasseragentur auskömmlich? Auf welcher Berechnungs- und Datengrundlage beruht der Mittelansatz?

Nr. 8: Wie viele Trinkwasserbrunnen können mit den Mitteln finanziert werden? Wie viele Trinkwasserbrunnen sind konkret geplant und an welchen Standorten?

Frage Nr. 86 b, AfD-Fraktion

Teilansatz 7 und 8: Bitte die Verwendung der Mittel aufschlüsseln! Wofür genau werden die Mittel verwendet?

Danny Freymark (CDU) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werden solle. Eventuell könne aber kurz mündlich die Intention der Kürzungen erläutert werden.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) unterstreicht, dass aktuell die Setzung einer längerfristigen Verpflichtungsermächtigung für die Regenwasseragentur bedeutender wäre. Das bringe Sicherheit und helfe, Personal zu halten. Die Agentur sei bislang im Aufbau befindlich gewesen, würde in diesem Jahr erstmals die 900 000 Euro fast vollständig abrufen und werde derzeit evaluiert. Im nächsten Jahr werde der Vertrag neu verhandelt. Daher sei es sinnvoller, diesen Vertragsabschluss abzuwarten, bevor die Mittel erhöht würden. – Bei den Trinkbrunnen brauche es einen langsameren Aufwuchs, weil die Kosten für Wartung und Betrieb erheblich seien und mitgedacht werden müssten.

Danny Freymark (CDU) kündigt an, dass es in beiden Themen Verhandlungen für einen stärkeren Aufwuchs brauche. Die Regenwasseragentur müsse weiterentwickelt werden. Die 900 000 Euro seien ein überschaubarer Betrag. – Das im Koalitionsvertrag hinterlegte Ziel von 500 Trinkwasserbrunnen in Berlin bis 2026 sei mit den Kürzungen nicht mehr zu erreichen. Insofern brauche es einen Aufwuchs. – Die Antwort solle schriftlich erfolgen, da auch die möglichen Standorte der Brunnen dargestellt werden sollten. Bei der Platzierung müsse

die gute Erreichbarkeit mit einer kostengünstigen Aufstellung abgewogen werden. Die Eröffnung eines Brunnens könne mit einer Nachbarschaftsfeier zelebriert werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 86 b erledigt sei. Die lfd. Nr. 86 a werde schriftlich beantwortet.

Katalin Gennburg (LINKE) ergänzt die Frage, ob eine Anbringung von Trinkbrunnen an öffentlichen Toilettenanlagen geprüft worden sei und was gegebenenfalls dagegen spreche.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, dass die Frage schriftlich nachgereicht werde.

Titel 67138 – Kostenersatz für Gewässerschutzanlagen –

Frage Nr. 87 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Sind die Gewässerschutzanlagen mit den Mittelansätzen für 2024 und 2025 auskömmlich finanziert?

Frage Nr. 87 b, Fraktion Die Linke

Nr. 2: Tegeler See: Warum Aufwuchs? Stufe in Schönerlinde schon eingebaut? Bitte schrftl. Bericht zum Fortgang der Maßnahme und zur erreichten Qualität.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde. Die Entwicklung der Kosten für die Fällmittel seien noch nicht absehbar. Außerdem würden Kosten für Energie und Chemikalien weiter steigen, sodass eine Erhöhung geboten sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass Nr. 87 schriftlich beantwortet werde. – Die Frage Nr. 88 werde ebenfalls schriftlich beantwortet.

Titel 81179 – Fahrzeuge –

Frage Nr. 89, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie weit ist der Fortschritt der Erneuerung des Fahrzeugbestands auf emissionsarme bzw. elektrisch betriebene Fahrzeuge (Anteil der Fahrzeugflotte)?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass ihre Abteilung 13 Fahrzeuge habe, davon seien fünf elektrisch. Die komplette Umstellung auf elektrische Fahrzeuge sei schwierig, da ein Großteil der Flotte Transporter seien, die als Messfahrzeuge genutzt würden. Diese hätten spezielle Anforderungen, seien teilweise noch nicht als E-Fahrzeuge auf dem Markt verfügbar oder für das aktuelle Budget zu teuer.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 89 erledigt sei.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz –

Frage Nr. 90 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Maßnahmen sind zur Umsetzung der WRRL im DHH 24 und 25 vorgesehen? Welche Anlagen werden geplant/umgesetzt? Welche Regenwasserbehandlungssysteme werden umgesetzt? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Fischsterben durch Mischwassereintrag in Fließgewässer nach Starkregenereignissen zu verhindern? Inwiefern sind Mittel für den Gewässerschutz kleinerer Seen und Pfuhle vorgesehen?

Frage Nr. 90 b, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: was wurde in 22 und 23 umgesetzt, was ist in 24 und 25 geplant? Inwiefern ist der Ansatz mit Betrachtung der Ziele der WRRL auskömmlich? Brauchen BWB mehr als 7 Mio. €? Was steckt hinter/in der neuen Vereinbarung, zur Zusammenführung von Bauprogramm-Mischsystem und Bauprogramm-Trennsystem?

Danny Freymark (CDU) betont, dass der Bericht transparent aufführen müsse, welche Kosten für welche Maßnahmen in welchem Zeitraum anfielen. Für die Abgeordneten sei es schwierig abzuschätzen, welche Entscheidungen jetzt notwendig seien, um die WRRL wenigstens bis 2030 erreichen zu können.

Katalin Gennburg (LINKE) ergänzt die Frage, dass beantwortet werden müsse, wie hoch die zu erwarteten Strafen der EU 2027 seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, dass die Frage schriftlich nachgereicht werde. Die Frage Nr. 90 werde schriftlich beantwortet.

Kapitel 0721 – Fischereiamt –

Frage Nr. 91, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Woraus ergibt sich der Aufwuchs um rund 130.000 Euro im Jahr 2025?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) erläutert, dass der Ansatz auf den Ist-Kosten 2022 basiere. Diese seien gemäß dem Aufstellungsrundschreibung zum Haushalt 2024/2025 bereinigt und um Vorsorge für künftige Tarif- und Besoldungsanpassungen mit dem Aufstellungsrundschreiben vorgegebenen Faktoren fortgeschrieben worden. Letztendlich hätten freie Stellenanteile im Jahr 2020 zu geringeren Ist-Kosten geführt. Daher seien die Ansätze im Jahr 2022/2023 zu gering gewesen, was im neuen Doppelhaushalt wieder angepasst werde. Alle Stellen im Fischereiamt seien besetzt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 91 erledigt sei.

Frage Nr. 92, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen Bericht, welche Finanzmittel zur Förderung der Fischbestände, der Förderung der biologischen Vielfalt, der Bekämpfung invasiver Arten und der Gewässergüteverbesserung verausgabt wurden. Hatte die Umweltkatastrophe in der Oder Auswirkungen auf die Ausgaben des Fischereiamtes? Wenn ja, welche?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) erläutert, dass der Bezugspunkt das Haushaltsjahr 2022 sei. Für die Förderung der Fischbestände und der biologischen Vielfalt seien 20 000 Euro, ohne Personalkosten, für die Projekte Aalbesatz und Hechterbrütung verausgabt worden. Dies geschehe jährlich. – Für die Bekämpfung invasiver Arten und der Verbesserung der Gewässergüte seien, bezogen auf die Leistungen des Fischereiamts im Bereich Sumpfkrebsbefischung und Hegebefischung, rund 20 000 Euro, ohne Personalkosten, verausgabt worden. 45 000 Euro seien extern für die Projekte Sumpfkrebsbefischung im Britzer Garten und Tiergarten sowie für die Hegebefischung durch Berufsfischer verausgabt worden. – Die Umweltkatastrophe in der Oder habe keine Auswirkungen auf das Fischereiamt gehabt.

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass das Gesagte schriftlich übermittelt werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 92 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 93, Fraktion Die Linke

Wo ist die konkrete Veranschlagung für das Krebs-Monitoring? Ist dieser Ansatz auskömmlich?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) antwortet, dass im Titel 54010 – Dienstleistungen – 15 000 Euro pro Jahr für Monitoring und die Befischung invasiver Arten veranschlagt seien. Das seien die Mittel für die Dienstleister. Der Ansatz sei auskömmlich, weil das Fischereiamt wesentliche Teile des Monitorings und der Befischung selbst durchführe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 93 erledigt sei.

Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 94, Fraktion Die Linke

Wo werden die Zuschüsse für den Aalbewirtschaftungsplan konkret verausgabt? Was hat der Plan in 22 und 23 vorgesehen, was ist in 24 und 25 geplant?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) erläutert, dass die Zuschüsse im Titel 51490 – Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen – veranschlagt seien. Die Höhe ermittle sich über den Aalbewirtschaftungsplan. Hier gebe es Vorgaben zur Menge, die in der Flussgebietseinheit Elbe zu besetzen seien, um die Ziele zu erreichen. Jährlich sollten 60 000 Euro an Zuwendungen eingesetzt werden. Das sei die derzeit ökologisch vertretbare maximale Besatzmenge für die Berliner Gewässer.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 94 erledigt sei.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –

Frage Nr. 95, Fraktion Die Linke

Welcher Ansatz konkret für das Aal-Monitoring? Warum 1.000 €? Ist dies ein haushaltstechnischer Merkposten?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) weist hin, dass der Ansatz im Titel 54010 – Dienstleistungen – veranschlagt sei und 15 000 Euro für die wissenschaftliche Begleitung des Aal-Besatzes betrage. Die in der Frage genannte Summe sei zum einen der Anteil an der Finanzierung des deutschen Umsetzungsberichts zur EU-Aalverordnung. Dieser werde alle drei Jahre erstellt, brauche Zuarbeiten und müsse geschrieben werden. Zum anderen sei es der Anteil für den deutschen Jahresbericht zur Binnenfischerei und Aquakultur.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 95 erledigt sei.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frage Nr. 96, Fraktion Die Linke

Fischereiamt: Warum nur 1.000 € für Einsatz einer/eines Freiwilligen im Rahmen des Ökologischen Jahres? Ist das lediglich ein haushaltstechnischer Merkposten?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) führt aus, dass die FÖJ-Einsatzstelle sich pro Monat mit 70 Euro beteiligen müsse. Das seien beim Fischereiamt 840 Euro pro Jahr, die der Träger des FÖJ in Berlin, die Stiftung Naturschutz, erhalte. Aus Kapazitätsgründen im Dienstgebäude könne das Amt nur eine Freiwilligenstelle anbieten.

Danny Freymark (CDU) bittet, dass die Einschränkungen des Dienstgebäudes konkret erläutert würden.

Jens Puchmüller (Fischereiamt) antwortet, dass alle Räume und die 15 Arbeitsplätze belegt seien.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, ob zusätzliche Freiwillige auch bei Partnerorganisationen platziert werden könnten.

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass es wohl nicht möglich sei, weitere Aufgaben zu übernehmen, wenn das Dienstgebäude bereits jetzt ausgelastet sei. Gebe es einen Bedarf und eine Perspektive für weiteren Ausbau der Dienststelle? – Könnten nach Behebung des Platzmangels weitere FÖJ-Kräfte betreut werden?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) stellt klar, dass auch personelle Kapazitäten die Betreuung weiterer FÖJ-Kräfte beschränkten. – Das Amt sei personell gut aufgestellt, sodass die Aufgaben alle erfüllt werden könnten.

Katalin Gennburg (LINKE) schlägt vor, dass der Ausschuss eine Exkursion zum Fischereiamt unternehme.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 96 erledigt sei.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Tiefbau –

Titel 52106 – Sanierung Rummelsburger See –

Frage Nr. 97, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was plant der Senat, damit die beabsichtigten Sanierungsmaßnahmen nachhaltig wirken?

Lutz Adam (SenMVKU) erläutert, dass zur Sicherstellung der langfristigen Wirkung der Sanierung umfangreiche Testfelder angelegt worden seien, um die bestmögliche Verfahrensweise zu ermitteln. Die Planungen seien abgeschlossen und würden seit 2021 umgesetzt. Den Seeboden, der bis eine Tiefe von 6 Metern kontaminiert sei, komplett zu sanieren, würde Milliarden Euro kosten. Auf Basis der Ergebnisse der Testfelder würden nun die am stärksten kontaminierten obersten Schichten abgetragen und der Rest abgedeckt.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bittet, dass die Erläuterungen auch schriftlich eingereicht würden, da die Sanierung eine übergeordnete Bedeutung habe.

Danny Freymark (CDU) ergänzt die Frage, ob quantifiziert werden könne, welche Summen notwendig seien, um einen sehr guten ökologischen Zustand wiederherzustellen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 97 schriftlich beantwortet werde.

Titel 52117 – Ufersanierung –

Frage Nr. 98, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wurden die Finanzmittel verausgabt? Welche Ufer wurden bisher saniert? Welche Sanierungen plant der Senat in 2024/2025?

Lutz Adam (SenMVKU) weist hin, dass die Mittel in den vergangenen Jahren aufgrund von Personalmangel unzureichend abgeschöpft worden seien. Erst 2024 werde sich die Umsetzung der Maßnahmen der Ufersanierung und des Röhrichtschutzprogramms verbessern. Die Ausgaben der Jahre 2022 und 2023 seien Abrechnungen von Verträgen der Vorjahre.

Linda Vierecke (SPD) ergänzt die Frage, ob im Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft –, der die Instandhaltung der Uferbefestigung an Wasserstraßen beinhalte, auch die Anforderungen der WRRL berücksichtigt würden.

Lutz Adam (SenMVKU) weist hin, dass diese Frage schriftlich beantwortet werden müsse. Der genannte Titel sei umfangreich, da er die Pflege sämtliche Gewässer erster Ordnung sowie fließende Gewässer zweiter Ordnung beinhalte. Ein Teil davon sei auch die Instandhaltung von Uferwänden. Diese hätten altersbedingt einen Erneuerungsbedarf, der aber über SIWA-Titel abgebildet werde. Wenn saniert werde, erfolge das unter Beachtung der WRRL.

Linda Vierecke (SPD) teilt mit, dass die Frage schriftlich nachgereicht werde und schriftlich beantwortet werden solle.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 98 schriftlich beantwortet werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frage Nr. 99, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gibt es Ambitionen, ein weiteres Belüftungsschiff anzuschaffen, vor allem in Hinblick auf die Herausforderungen des menschengemachten Klimawandels (Zunahme Starkregenereignisse)?

Lutz Adam (SenMVKU) erläutert, dass das Belüftungsschiff gut ausgelastet sei, aber nur auf Gewässern eingesetzt werden könne, die befahrbar seien. Deswegen gebe es an nicht befahrbaren Stellen die Maßnahme, in kritischen Situationen durch den Eintrag von Kalziumnitrat die Sauerstoffversorgung punktuell zu verbessern.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 99 erledigt sei.

Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen –

Frage Nr. 100, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele Gasstraßenbeleuchtungsanlagen sollen, aus diesem Titel, finanziert, ersetzt bzw. umgebaut werden? Werden alle Gasbeleuchtungsanlagen zu elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen umgebaut? Wie lange wird dies dauern?

Lutz Adam (SenMVKU) weist hin, dass die Antwort umfangreich sei und die Frage daher schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 100 schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün –

Frage Nr. 101, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie hat sich die Personalsituation im Naturschutz und Stadtgrün, den Berliner Forsten und bei den unteren Umwelt- und Naturschutzbehörden in den letzten zwei Jahren entwickelt und welche Stellenaufwüchse sind geplant?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass sich die Personalsituation bei den Berliner Forsten verstetigt habe. 2020 habe es 283 Mitarbeiter gegeben, 2021 281 und 2022 285. Die Auskunft zur Situation bei den Naturschutzbehörden werde nachgeliefert.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen Nr. 101 und Nr. 102 zusammengefasst und schriftlich beantwortet würden.

Frage Nr. 103, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchen Haushaltstiteln werden Finanzmittel dafür verwendet, Animal Aided Design (um z.B. Vogelschlag zu verringern) bei Planungsmaßnahmen mitzuentwickeln?

Beate Züchner (SenMVKU) antwortet, dass das im Titel 54010 – Dienstleistungen –, Teilansatz lfd. Nr. 31, etatisiert sei. Dort seien 66 500 Euro insbesondere für Maßnahmen gegen Vogelschlag vorgesehen. Diese seien auf Stadtentwicklungsprojekte ausgerichtet, um bei neuen Bauprojekten Maßnahmen zugunsten von Arten zu integrieren. Die Gelder müssten projektbezogen betrachtet werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 103 erledigt sei. – die Frage Nr. 104 werde schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 105, Fraktion Die Linke

Grauwasserrecycling: welche Maßnahmen sind in 24 und 25 geplant und wo sind sie etatisiert?

Beate Züchner (SenMVKU) bittet, dass die Frage präzisiert werde. Die Frage werde dann schriftlich beantwortet.

Katalin Gennburg (LINKE) präzisiert, dass die Berliner Verwaltung scheinbar nicht offen für Grauwasserrecycling in Wohngebäuden sei, obwohl das 40 bis 60 Prozent des Grundwasserverbrauchs sparen könne. Gebe es seitens der Verwaltung konkrete Fördermaßnahmen, um diese Technik zu verbreiten?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 105 schriftlich beantwortet werde.

[Unterbrechung der Sitzung von 10.59 bis 11.10 Uhr]

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass diese Frage an die Verwaltung für Stadtentwicklung gerichtet werden müsse, da das die Gebäudetechnik im Gebäude betreffe. Die SenMVKU werde aber im schriftlichen Bericht dazu ausführen.

Danny Freymark (CDU) schlägt vor, dass das Thema Grauwasserrecycling mit einem Besprechungspunkt auf die Tagesordnung gesetzt werde, weil die Haushaltsberatung das Thema nicht umfänglich abbilden könne.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 105 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 106, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: übergreifendes Gebäudewassermanagement: welche Maßnahmen sind in 24 und 25 geplant und wo sind sie etatisiert?

Beate Züchner (SenMVKU) fragt nach, ob sich die Frage auf die Kellerwasserhaltung beziehe. Die Frage solle mit der Nr. 105 zusammengezogen und schriftlich beantwortet werden.

Katalin Gennburg (LINKE) stellt klar, dass nicht nur die Kellerwasserhaltung gemeint sei, sondern das Gebäudewassermanagement übergreifend.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 105 und 106 zusammengefasst und schriftlich beantwortet würden.

Frage Nr. 107, Fraktion Die Linke

Strategie Stadtlandschaft, hier Parkbetreuung: wie teilt es sich für die Bezirke auf? Müssen Bezirke die Betreuung beauftragen oder wird dies als Regelleistung in eine Dauerhaftigkeit überführt?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass die Aufteilung auf die Bezirke grundsätzlich zu gleichen Teilen erfolge. Bis Ende des Jahres laufe ein Pilotprojekt, welches durch die SenMVKU gesteuert werde. Die Bezirke könnten Mittel aus dem Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft – beantragen und dann die Dienstleistungen beauftragen. Im nächsten Doppelhaushalt sei geplant, die Leistungen in eine Verstetigungsphase zu überführen, sodass ab 2026 die Parkbetreuung als Regelaufgabe an die Bezirke angegliedert werde.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) weist hin, dass die Antwort auch die Frage Nr. 82 umfasse.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen Nr. 107 und Nr. 82 erledigt seien.

Frage Nr. 108, Fraktion Die Linke

Projekt „Blaue Perlen“: Welche Still- und Fließgewässer sind in 2023 bearbeitet worden? Wo sind die „Blauen Perlen“ jetzt in Haushalt 2024/25 etatisiert?

Beate Züchner (SenMVKU) führt aus, dass in einem kriterienbasierten Prozess mit den Bezirken und Umweltschutzverbänden rund 30 kleinere Still- und Fließgewässer als "Blaue Perlen" definiert worden seien. Diese seien als ein gesamtstädtisches Ökokonto im Februar 2023 beschlossen worden. Pilotprojekte seien der Schleipfuhl in Marzahn-Hellersdorf und der Lankegrabenteich im Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Für diese lägen seit April 2023 die geprüften Vorplanungsunterlagen vor. Die Maßnahmen würden aus SIWA-Mittel finanziert. Weitere Perlen seien in Vorbereitung und würden in der Maßnahmengruppe 02, Titel 89360 – Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Kompensationsstrategie –, etatisiert.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, wo eine Auflistung der 30 Gewässer zu finden sei.

Beate Züchner (SenMVKU) antwortet, dass das schriftlich nachgeliefert werde.

Danny Freymark (CDU) bittet, dass in der Gesamtaufstellung der Gewässer auch aufgelistet werde, welche Maßnahmen notwendig seien. Wie könne das Programm unterstützt werden, um es zu beschleunigen? Die Umsetzung von Maßnahmen an zwei Gewässer alle drei bis vier Jahre sei unbefriedigend.

Beate Züchner (SenMVKU) sichert zu, dass das im schriftlichen Bericht beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 108 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 109, Fraktion Die Linke

Wo wird die Bewässerung der Straßenbäume insbesondere bei Neuanpflanzungen finanziert? In welcher Höhe? Welche Aufgaben übernimmt dabei die BSR?

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass das Thema komplex sei und besser schriftlich beantwortet werden könne.

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass eine ergänzende Frage schriftlich nachgereicht werde. – Was seien die jährlichen Kosten der Bewässerung, und wie hoch seien diese in Relation zu einem prognostiziertem Anstieg in zunehmenden Dürreperioden gegenüber einem soliden Grundwassermanagement, das die zusätzliche Bewässerung verringern könne?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 109 schriftlich beantwortet werde. – Die lfd. Nrn. 110, 111 und 112 würden schriftlich beantwortet.

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 113 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind und waren (2022 und 2023) die Einnahmen aus Spenden für die Stadtbaumkampagne? Wieso wird der Mittelansatz nicht höher eingeschätzt (basierend auf dem IST 2022)?

Frage Nr. 113 b, Fraktion Die Linke

Nr. 2: 2. Spenden für die Stadtbaumkampagne: warum Ansatz so gering? Welche Konsequenzen hat der geringe Ansatz? Planung für die Stadtbaumkampagne: Ist keine Spendenkampagne mehr geplant?

Beate Züchner (SenMVKU) berichtet, dass die Höhe der Spenden bis September 2023 173 375 Euro betrage. 2022 seien 274 321,56 Euro gespendet worden. Die Höhe schwanke und sei daher nicht prognostizierbar. 2014 habe der Wert bei 85 000 Euro und 2019 bei 428 000 Euro gelegen. Die Informationen zu den Spenden würden regelmäßig aktualisiert und auf der Webseite der SenMVKU veröffentlicht.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 113 schriftlich beantwortet werde.

Maßnahmengruppe 02

Titel 11146 – Ausgleichsabgabe im Rahmen der Kompensationsstrategie – (neu)

Frage Nr. 114, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen sind absehbar? Welche Finanzmittel sollen hierfür bereitgestellt werden? Durch welche Baumaßnahmen sind Einnahmen absehbar?

Stefan Reepschläger (SenMVKU) weist hin, dass der Komplex ausgabeseitig auch in den lfd. Nrn. 156, 157, 158 und 159 vorkomme. Diese sollten daher zusammengefasst und schriftlich beantwortet werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nrn. 114, 156, 157, 158 und 159 zusammengefasst und schriftlich beantwortet würden. – Die Fragen lfd. Nrn. 115, 116 und 117 würden schriftlich beantwortet.

Titel 52140 – Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege –

Frage Nr. 118, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche konkreten Maßnahmen und durchführende Akteure werden hiermit gefördert? Welche Voraussetzungen müssen Akteure erfüllen, um Mittel beantragen zu können?

Beate Züchner (SenMVKU) erklärt, dass der Titel kein Förderprogramm sei. Insofern könnten die Mittel auch nicht von Akteuren der Zivilgesellschaft beantragt werden. – Die Verausgabung erfolge überwiegend im Rahmen von Vergabeverfahren im Bereich der Landschaftspflege sowie für Fachbüros, die Pflegepläne erstellten. Die zu erfüllenden Vorrausetzungen seien daher die Kriterien der jeweiligen Ausschreibung.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 118 erledigt sei.

Titel 52118 – Ausgaben für das Berliner Stadtgrün zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels –

Frage Nr. 119 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wieso fällt dieser Titel weg? In welchem Titel werden etwaige Ausgaben in Zukunft etatisiert?

Frage Nr. 119 b, Fraktion Die Linke

Wegfallvermerk bitte erläutern! Wo werden die Ausgaben jetzt verortet

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass der Sachverhalt kurz einleitend erläutert werde.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass der Titel im letzten Doppelhaushalt eingerichtet worden sei. Ziel sei ein symbolischer Mittelansatz gewesen, um den Bezirken im Fall von

nicht vorhersehbaren Sofortmaßnahmen ohne zeitliche Verzögerung die erforderlichen Mittel im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen. Zur bedarfsgerechten Verstärkung sei der Titel mit einem Deckungsvermerk gegenüber den Ausgaben der Hauptgruppe 5, 6, 7 und 9 des Einzelplans 07 versehen. Dieses Vorgehen sei aus Sicht der Verwaltung nicht praktikabel. Die Bezirke sollten daher den erprobten Weg der Basiskorrektur begehen.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt nach, ob das Vorgehen nicht praktikabel gewesen sei, weil keine Mittel abgerufen worden seien oder ob es andere Gründe gebe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, dass die Frage schriftlich nachgereicht werde. Die Frage lfd. Nr.119 werde schriftlich beantwortet. – Die lfd. Nr. 120 werde schriftlich beantwortet.

Titel 52602 – Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen –

Frage Nr. 121 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Nr. 5: Warum ist ab 2023 ein Mittelaufwuchs von 7.300€ in 2022 auf 76.400€ angesetzt? Welche Veränderungen oder Mehrbedarfe in der Arbeit des Gestaltungsbeirats haben sich ergeben?

Frage Nr. 121 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was ist die Aufgabe des Gestaltungsbeirat Öffentliche Räume Berlin (Punkt 5) und wie setzt er sich zusammen (Bitte um Angabe zu den Personen und Institutionen)?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass aufgrund des Regierungswechsels 2022 nur eine Sitzung des Beirats stattgefunden habe. Ab 2023 tage dieser bis je nach Bedarf bis zu sechs Mal im Jahr. Entsprechende Steigerungen seien einkalkuliert. Ab 2024/25 sei das im Haushalt der Grün Berlin GmbH etatisiert.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist hin, dass noch die Frage nach der Zusammensetzung offen sei.

Beate Züchner (SenMVKU) führt aus, dass der Beirat auf Ersuchen des Senats oder der Bezirke Empfehlungen zur Weiterentwicklung öffentlicher Räume gebe. Dazu gehörten Begutachtungen oder Beratung der vorgelegten Vorhaben mit Blick auf ökologische, klimatische, freiräumliche oder städtebaulicher Qualitäten, auch unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes. Der Bereit sei bei der Erstellung von Stellungnahmen beteiligt und gebe Empfehlungen zur Erreichung der Ziele. Die Mitglieder bestünden derzeit aus Landschaftsplaner/-innen und -architekten/-innen und würden auf Vorschlag der Staatssekretärinnen für Mobilität, Klimaschutz und Umwelt und Stadtentwicklung berufen. Derzeit seien das Prof. Dr. Norbert Kühn, Frau Dipl.-Ing. Marianne Mommsen, Frau Dipl.-Ing. Isabel Mayer aus Cottbus, Verkehrsplanerin, Herr Prof. Dr.-Ing. Martin Haag aus Freiburg, Frau Prof. Dr. Barbara Lenz aus Berlin sowie der Architekt Herr Dr. Cyrus Zahiri aus Berlin.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 121 schriftlich beantwortet werde.

Danny Freymark (CDU) stellt in Frage, ob die hohen Ausgaben für den Beirat gerechtfertigt seien. In der Realität der Debatten in Berlin, etwa um Hinter- und Schulhöfe, spiele die Gestaltung nur eine untergeordnete Rolle. Daher solle der Bericht darstellen, welche Arbeit der Beirat bisher geleistet habe und was diese in der Praxis konkret bedeute. Seien die Ergebnisse bindend?

Titel 52190 – Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen –

Frage Nr. 122, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie sollen die Finanzmittel verausgabt werden?

Beate Züchner (SenMVKU) antwortet, dass die Verwendung des Ersatzgeldes zweckgebunden sei und ausschließlich für Maßnahmen der Aufwertung von Natur und Landschaft in der Gebietskulisse der gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption des Landschaftsprogramm einschließlich Artenschutzprogramms verwendet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 122 erledigt sei.

Titel 52610 – Gutachten –

Frage Nr. 123, Fraktion Die Linke

Warum soll der Titel wegfallen? Warum kein Gutachten

- für Kleingartenflächensicherungsgesetz,

- zur Sicherung von Grünflächen?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass bezüglich des Kleingartenflächensicherungsgesetzes bereits ein Gutachten dem Abgeordnetenhaus vorliege. Zur Sicherung von Grünflächen sei die Charta für das Berliner Stadtgrün beschlossen worden, sodass es keines Gutachtens bedürfe. Der Titel falle weg, weil es keinen Bedarf für weitere Gutachten gebe.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde. Sei es üblich, dass sich die Verwaltung auf ein Gutachten des Abgeordnetenhauses stütze?

Beate Züchner (SenMVKU) stellt klar, dass das Gutachten von der Verwaltung an das Abgeordnetenhaus übermittelt worden sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 123 schriftlich beantwortet werde. – Die lfd. Nr. 124 werde schriftlich beantwortet.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 125 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Informationen sollen in der Kleingartenbroschüre transportiert werden? Wie sollen die Informationen verbreitet werden, also über welche Formate und Kanäle? Gibt es hierbei ein zielgruppenscharfes Konzept?

Frage Nr. 125 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu 4: Wieso ist der Ansatz mit 45.000 Euro im Vergleich zu den anderen Veröffentlichungen relativ hoch?

Frage Nr. 125 c, Fraktion Die Linke

Nr. 4: Kleingartenbroschüren für die Öffentlichkeit: in 24 Ansatz: was ist geplant? Wie viele Broschüren mit welchem Inhalt?

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass die Broschüre von 2012 zu dem Thema bunte, grüne Kleingärten in Berlin mittlerweile inhaltlich überholt sei. Daher solle eine neue erarbeitet werden und als Druck und Download angeboten werden. Eine weitere Broschüre solle behandeln, wie sich um einen Kleingarten beworben werden könne und was der Nutzen eines Kleingartens sei. Diese solle in mehreren Sprachen veröffentlicht werden. Die Verwaltung habe sich an Brandenburg orientiert. Das erkläre die höheren Summen im Vergleich zu anderen Nummern im Titel, die nur Aktualisierungen seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 125 erledigt sei. – Die lfd. Nrn. 126 werde schriftlich beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 127 c, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftlichen Bericht mit weiteren Erläuterungen zu 21, 24, 25, 28 einschließlich der Ergebnisse aus den Vorjahren bei Wiederholung der Aufträge. Bitte um Aufschlüsselung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Maßnahmen.

Noch zu Nr. 21: Was ist hier konkret zur Umsetzung der Vorbildfunktion geplant? Was wurde in 2022 und 2023 aus diesem Ansatz umgesetzt?

Nr. 22 Kultur auf Grünflächen: warum fällt der Ansatz weg? Warum Ist 2022 Null?

Noch zu Nr. 24: Bitte um schriftlichen Bericht zur Erstellung des Wärmekatasters und der Wärmeplanung. Wie ist der Stand, wie ist die weitere Zeitplanung? Welches Vorgehen ist beabsichtigt? Was soll aus diesem Ansatz finanziert werden? Wie viele Stellen stehen bei der Senatsverwaltung für die Erstellung des Wärmekatasters und der Wärmeplanung zur Verfügung?

Noch zu Nr. 25: Welche Untersuchungen wurden in 2022 und 2023 beauftragt und welche Untersuchungen sollen in 2024 und 2025 beauftragt werden?

Nr. 33 Friedhofsgebührenverordnung: welche Probleme sind der Anlass? warum so viel Geld für einen Dienstleistungsauftrag? Warum auch noch in 25 ein Ansatz?

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen zu den Nummern 15 und 27 des Titels einreichen werde

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 127 schriftlich beantwortet werde.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 128, Fraktion Die Linke

Handbuch Gute Pflege: was ist bis heute erreicht worden? Wie hoch ist das Budget aus diesem Titel konkret für Schulungen zum Handbuch?

Heidrun Fleischer (SenMVKU) erläutert, dass der Titel für Qualifizierungsmaßnahmen zum Handbuch Gute Pflege nicht relevant sei. Dafür erfolge die Finanzierung über den Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –. In diesem Titel stünden 2022 30 000 und 2023 60 000 Euro für Qualifizierungsangebote zum Handbuch und zur angepassten Grünpflege zur Verfügung. Diese Mittel würden bezirklichen Fachämtern zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen. Durch situativ noch frei verfügbare Mittel hätte der Budgetansatz verstärkt werden können, sodass die Finanzierung weiterer Qualifizierungsmaßnahmen möglich gewesen sei. – Es sei erreicht worden, dass das Handbuch sowohl innerhalb als auch außerhalb Berlins einen hohen Bekanntheitsgrad habe und von den Bezirken und den landeseigenen Unternehmen im Rahmen deren Möglichkeiten umgesetzt werde. 2018 bis 2021 hätten die Bezirke Pilotprojekte durchgeführt, deren Ergebnisse für die ab 2024 vorgesehene Fortschreibung des Handbuchs genutzt würden.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, wie hoch das Budget für Schulungen zum Handbuch konkret sei.

Heidrun Fleischer (SenMVKU) antwortet, dass das in den Erläuterungen zum Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft – unter der Nr. 6 zu finden sei.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass das schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 128 schriftlich beantwortet werde.

Titel 54101 – Klimaschutz als Bildungsinhalt –

Frage Nr. 129 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Nr. 1: Wie viele und welche Maßnahmen wurden in 2022 und 2023 umgesetzt? Wie viele und welche Maßnahmen sind in 2024 und 2025 vorgesehen? Sind die Mittel auskömmlich? Nr. 2: Wie viele und welche Maßnahmen wurden in 2022 und 2023

umgesetzt? Wie viele und welche Maßnahmen sind in 2024 und 2025 vorgesehen? Sind die Mittel auskömmlich?

Frage Nr. 129 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen kurzen Bericht. An wie vielen Kitas und Schulen welcher Schulformen in welchen Bezirken wurden die Maßnahmen in 2022/2023 jeweils umgesetzt?

Frage Nr. 129 c, Fraktion Die Linke

An wie vielen Kitas und Schulen welcher Schulformen in welchen Bezirken wurden die Maßnahmen in 2022/2023 jeweils umgesetzt? Welche Projekte werden davon finanziert? Bitte um schriftlichen Bericht.

Beate Züchner (SenMVKU) führt aus, dass zum Thema Klimaschutz in Kitas das Projekt Berliner KlimaKitas umgesetzt worden sei. Die Mittel seien auskömmlich. Das Projekt werde 2024 fortgesetzt. Weitere Projekte würden nach Bedarf ausgeschrieben. Des Weiteren gebe es das Projekt Klimaschutz an Schulen. 2022 und 2023 seien die beiden Projekte KlimaVisionen und eineinhalbGrad durchgeführt worden. Die Mittel seien auskömmlich. KlimaVisionen werde fortgeführt. – Alle Bezirke hätten sich beteiligt, wobei die Beteiligung je nach Personalsituation unterschiedlich sei. Am Wettbewerb Berliner Klimaschulen hätte der Bezirk Mitte aus Personalmangel nicht mitgemacht. – Alle Schulformen seien miteinbezogen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 129 schriftlich beantwortet werde.

Titel 54103 – Energiespar-Marketing –

Frage Nr. 130 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Durch was ist die Reduzierung der Mittel in 2025 zu erklären?

Frage Nr. 130 b, Fraktion Die Linke

Bitte um Erläuterung und Bericht zum Neuzuschnitt des Programms. Welche Leistungsbausteine entfallen aus welchen Gründen?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass es eine Anpassung an den Bedarf gegeben habe. Die Fortentwicklung des Impulse-Programms sei weiterhin Bestandteil. Es seien keine Leistungsbausteine gekürzt worden. Darüber hinaus würden regelmäßig Schulungen der Berliner Energiebeauftragten durchgeführt. Am Energiecontrolling der Energiewirtschaftsstelle nähmen 80 Prozent der Bezirke teil. Bisher habe es drei Schulungen gegeben. – Trotz der Reduzierung im Rahmen der Konsolidierung sei der Titel auskömmlich.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bittet, dass ein kurzer schriftlicher Bericht erstellt werde.

Beate Züchner (SenMVKU) sichert zu, dass ein Bericht erstellt werde.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt bezüglich des Verfahrens, ob es ausreichend sei, wenn die Referenten weitere Fragen gesammelt an das Ausschussbüro geschickt würden, ohne diese einzeln ankündigen zu müssen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ stellt klar, dass zu Beginn der Sitzung das Verfahren abgesprochen worden sei, dass die Fragen angekündigt werden und Bezug zu den bereits vorliegenden Fragen haben müssten. – Die Frage Nr. 130 werde schriftlich beantwortet.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –

Frage Nr. 131 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Akteure führen die einzelnen Projekte durch? Welche Voraussetzungen müssen die Akteure mitbringen, um Mittel beantragen zu können? Wie verteilen sich die Projekte über die jeweiligen Bezirke?

Nr. 1: Welche Ziele verfolgt der Senat mit den Mitteln des „Aktionsprogramm Schöne Stadt“? (Bitte Zieldarstellung in Jahresscheiben angeben)

Nr. 2: Welche Ziele verfolgt der Senat mit den Mitteln des „Aktionsprogramm Urbane Natur“? (Bitte Zieldarstellung in Jahresscheiben angeben)

Nr. 4: Wie viele Dachbegründungen sind 22 und 23 realisiert worden (Anzahl der Dächer). In welchem Umfang wurden die Mittel ausgeschöpft? Wie viele Maßnahmen sind in 24 und 25 mit den Mitteln möglich?

Nr. 5: Wie erklären sich die Sprünge in den Mittelansätzen 23, 24, 25. Bitte um Übersicht der geplanten Maßnahmen im DHH 24/25

Nr. 6: In welcher Weise spielt biologische Vielfalt bei den Maßnahmen eine Rolle?

Nr. 8: Wie viele Höfe wurden 2023 begrünt? Wie viele Maßnahmen sind 24 und 25 mit den Mitteln möglich? Welche Maßnahmen wurden 2023 konkret realisiert und welche sind für 2024/2025 geplant?

Frage Nr. 131 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen Bericht darüber, wie die Finanzmittel dieses Titels verausgabt werden. Wie sind die veränderten Ansätze in den einzelnen Programmen des Titels zu erklären (Bitte auf alle Programme einzeln eingehen, bei denen sich der Ansatz verändert hat)? Wieso liegt der Ist-Wert für 2022 deutlich unter dem Ansatz?

Frage Nr. 131 c, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: was wurde in 22 und 23 umgesetzt, was ist in 24 und 25 geplant? Inwiefern ist der Ansatz auskömmlich?

Frage Nr. 131 d, AfD-Fraktion

Punkt 1.-3. Erbitte Berichte über Träger und Mittelverwendung der Aktionsprogramme Schöne Stadt, Urbane Natur und Produktive Landschaft! Punkt 4. Wie viele Dächer wurden im Aktionsprogramm GrünDachPLUS (ehemals 1000 grüne Dächer) bisher begrünt? Punkt 5. Was ist unter „In-Wertsetzung des städtischen Grüns…“ zu verstehen und wofür genau werden die Mittel eingesetzt?

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen nachreichen werde.

Linda Vierecke (SPD) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen nachreichen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 131 schriftlich beantwortet werde. – Die Fragen lfd. Nr. 132 und 133 würden schriftlich beantwortet.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH –

Frage Nr. 134, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen Bericht.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) bittet, dass der Berichtswunsch konkretisiert werde.

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen nachreichen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich nachgereicht würden.

Stefan Reepschläger (SenMVKU) schlägt vor, dass die lfd. Nr. 134 mit den lfd. Nrn. 160 bis 164 verbunden werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nrn. 134, 160, 161, 162, 163 und 164 zusammengefasst und schriftlich beantwortet würden

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

Frage Nr. 135 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte listen Sie alle Maßnahmen, die durch diese Strategie gefördert werden auf und geben Sie die jeweiligen Zuwendungen an. Auf welcher Grundlage ergeben sich die Mittelaufwüchse?

Frage Nr. 135 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen Bericht, wie die Finanzmittel dieses Titels konkret verausgabt werden. An welche Träger werden Finanzmittel ausgereicht (in welcher Höhe)?

zu 3: Warum wird der Teiltitel hier gestrichen und als neuer Titel 67101, Nr. 8 in Kapitel 0720 geschoben? Warum wird der Titel um 200.000 Euro gekürzt?

Frage Nr. 135 c, Fraktion Die Linke

HH-Technik bitte erläutern

Nr. 3: Warum Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und - Spender ohne Ansatz?

Linda Vierecke (SPD) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen zur Nr. 7 des Titels nachreichen werde.

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen nachreichen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 135 schriftlich beantwortet werde.

Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen –

Frage Nr. 136, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum wurden die Finanzmittel für das Projekte unter Nr. 1 „Schüleruni Berlin“ gestrichen?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass die FU Berlin aufgrund des Erfolgs des Projekts ihren Eigenanteil erhöht habe und deswegen die Zuwendungen des Landes nicht mehr nötig seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 136 erledigt sei. – Die Frage Nr. 137 werde mit der Nr. 143 zusammengefasst und schriftlich beantwortet.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage Nr. 138, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Maßnahme Nr. 7: Bitte um eine Erläuterung, wieso der Ansatz des Punktes „Umweltbildung Campus Stadtnatur, Grün Berlin GmbH (ehem. Umweltbildung Grün Berlin)“ nahezu verdoppelt wurde und um einen Bericht, für was die Finanzmittel verwendet werden sollen. Maßnahme Nr. 19: Warum wurde der Ansatz reduziert?

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass die Frage schriftlich beantwortet werde, weil die Antwort umfangreich sei.

Linda Vierecke (SPD) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen nachreichen werde.

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen nachreichen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, dass das Nachreichen von Fragen nicht übermäßig genutzt werden solle.

Danny Freymark (CDU) vertritt den Standpunkt, dass zusätzliche Fragen kurz transparent dargestellt werden sollten. Bei den vorangegangenen Nrn. habe sich ein intransparentes Verfahren ausgebildet.

Katalin Gennburg (LINKE) weist hin, dass sich im Rahmen der Debatte neue Fragen ergäben. Die nächsten Fragen würden kurz vorgetragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist hin, dass es zu den letzten Punkten keine Debatte gegeben habe, aus der sich zusätzliche Fragen hätten ergeben können. Die Frage Nr. 138 werde schriftlich beantwortet.

Titel 68579 – Mitgliedsbeiträge –

Frage Nr. 139 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nr. 10: Welche Aktivitäten wurden im Rahmen des Klimabündnisses unternommen?
Nr. 12: Um welche Netzwerke handelt es sich?

Frage Nr. 139 b, Fraktion Die Linke

Zu 10: Bitte um Bericht zu den Aktivitäten des Klimabündnisses

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass die Nr. 12 ein Auffangansatz sei, falls Mietgliedbeiträge fällig würden. Als konkrete Mitgliedschaft gebe es das Klimabündnis, das eine Städtepartnerschaft sei. Berlin sei seit 1990 Gründungsmitglied. Der Verein diene der Vernetzung und dem Austausch der Partner, wobei Berlin von der Stadtradeln-Kampagne profitiere. Berlin sei aber auch Ansprechpartner für Mitglieder bei technischen Fragen, etwa der Erstellung von städtischen Klimabilanzen oder bei Klimaschutzplanungen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 139 erledigt sei.

Titel 70115 – Herstellung einer naturnahen Parkanlage im Umfeld des Zentralen Festplatzes am Kurt-Schumacher-Damm –

Frage Nr. 140, AfD-Fraktion

Wie korrespondiert diese Maßnahme mit der geplanten Umwidmung der Fläche für Wohnbauzwecke? Wäre unter diesen Umständen nicht die Planung der Ausgleichsmaßnahmen zu überdenken und anzupassen?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass für die Umsetzung 195 000 Euro verausgabt worden seien. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans seien festgesetzte A- und E-Maßnahmen umzusetzen, wofür die Finanzierung durch das Land Berlin erfolgen müsse. Die Maßnahmen würden aber zurückgestellt, weil die Zukunft des Areals geprüft werde.

Alexander Bertram (AfD) bittet, dass die Antwort schriftlich erfolge.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 140 schriftlich beantwortet werde.

Titel 70341 – Investitionen des Kleingartenwesens –

Frage Nr. 141 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Investitionen sind geplant?

Frage Nr. 141 b, Fraktion Die Linke

Warum nur haushaltstechnischer Merkposten?

sowie

Titel 89341 – Zuschüsse für Investitionen des Kleingartenwesens –

Frage Nr. 142 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Maßnahmen oder Projekte werden mit den Mitteln konkret gefördert? Sind die etatisierten Mittel ausreichend, um die Kleingartenanlagen und dazugehörige Maßnahmen auskömmlich zu finanzieren? Welche zusätzlichen Stellen können mit der Steigerung finanziert werden? Welche Maßnahmen sind für die Umsetzung der EU Strategie Biodiversitätsstrategie 2030 geplant?

Frage Nr. 142 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen Bericht welche Investitionen geplant sind.

Frage Nr. 142 c, AfD-Fraktion

Ist der Ansatz anlässlich der zahlreichen Wohnungsneubauvorhaben und der Verdrängung von Kleingärten durch Wohnfolgeeinrichtungen ausreichend bemessen? Welche Umstrukturierungsmaßnahmen sind 2024-25 geplant?

Beate Züchner (SenMVKU) teilt mit, dass die Fragen mündlich beantwortet werden könnten.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) weist hin, dass eine schriftliche Antwort praktikabler wäre.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen lfd. Nr. 141 und Nr. 142 schriftlich beantwortet würden.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet um Klarstellung, ob Fragen nachgereicht werden dürften, wenn keine Debatte geführt worden sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ stellt klar, dass die Verfahrensregeln des Ausschusses ausführten, dass das Nachliefern gänzlich neuer Fragen ausgeschlossen sei, da dann das Einverständnis des Ausschusses nicht angenommen werden könne.

Katalin Gennburg (LINKE) weist hin, dass die Fragen nicht gänzlich neu seien. Sie seien nach der Lektüre der Fragen der anderen Fraktionen entstanden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ merkt an, dass die Fraktionen im Vorfeld ausreichend Zeit gehabt hätten, die Fragen der anderen Fraktionen zu prüfen und eigene nachzureichen. – Das Thema Kleingärten sei im Ausschuss bereits mit Anhörungen diskutiert worden, daher solle

auf eine weitere Diskussion in den Haushaltsberatungen im Ausschuss verzichtet werden. Zur Klarheit solle die Frage kurz vorgetragen werden.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt, wie der Aufwuchs bei den Zuschüssen zu Investitionen begründet werde. Was sei der Inhalt des Pilotprojekts „Herrichtung von Selbstversorgergärten“, und wie sei es rechtlich einzuordnen?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nrn. 141 und 142 schriftlich beantwortet würden, und eine Frage nachgereicht werde. – Die lfd. Nrn. 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154 und 155 beträfen das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2023 und 2030 und würden daher zusammengefasst und schriftlich beantwortet.

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass der Bericht nur vorläufige Daten für 2023 enthalten werde, da der Kassenabschluss erst zum Jahresende erfolge. Insbesondere zu den Mittel auf Unterkonten oder zu denjenigen, die zur auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt worden seien, könne nur die Planungen dargestellt werden. – Die aktuelle Mittelauslastung für 2023 entwickle sich sehr gut. Es seien noch ungefähr 1,5 Mio. Euro frei verfügbar. Ansonsten seien alle Mittel verplant, auch wenn sich das in ProFiskal noch nicht abbilde. – Grundsätzlich sei es so, dass die Mittelverwendung neu aufgestellt werde. Der Bericht werde darstellen, wie die Mittelausreichung zukünftig erfolgen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen lfd. Nr. 156, 157, 158 und 159 zusammengefasst und schriftlich beantwortet würden.

Maßnahmengruppe 03

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH –

Frage Nr. 160 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie ist die Mittelausschöpfung in den Jahren 21/22/23?

Auf welcher Berechnungsgrundlage und Bedarfsprognose beruht der Mittelaufwuchs bei fast allen Projekten/Anlagen?

Wie wird der Mittelaufwuchs ohne Erweiterung der Personalkosten (so in den Erläuterungen) realisiert?

Welche Mittel sind für die Beteiligung lokaler Vereine/ der Zivilgesellschaft angedacht? Bitte um Auflistung der konkreten Vorhaben für alle Projekte.

Was ist konkret mit der „Zuordnung der objektspezifischen Personalkosten zur institutionellen Förderung“ gemeint, welche insbesondere zum Mittelaufwuchs beitragen soll?

Auf welcher Grundlage bzw. welchen Maßnahmen fußt die Verdoppelung der Mittel für das Schöneberger Südgelände von 2024 auf 2025?

Warum entfällt die „Pflege des Grünzuges Südpanke“?

Auf welchen konkreten geplanten Maßnahmen und Gründen fußt der deutliche Mittelaufwuchs bei der Nachnutzung der Freiflächen Tegel von 250.000€ 2023 auf über 2 Mio.€ ab 2024?

Welche Maßnahmen sollen konkret unter dem „Gestaltungsbeirat öffentliche Räume“ realisiert werden?

Auf welcher Grundlage ergibt sich die Reduzierung des Mittelansatzes in 24/25 bei der „Urbanen Landwirtschaft“?

Frage Nr. 160 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum wurden die Ansätze stark erhöht?

Bitte um eine genaue Aufschlüsselung, wie die Finanzmittel für den Punkt „Unterhaltung des Spreeparks“ verausgabt werden sollen. Wie soll der Eintritt gestaltet werden? Wie soll die Ausschreibung für die Gastronomie gestaltet werden – wo und wann wird sie veröffentlicht?

Bitte um einen Bericht darüber, für welche Zwecke die Finanzmittel des Punktes „Urbane Landwirtschaft“ verausgabt werden sollen. Wieso wurden die Ansätze bei diesem Punkt reduziert?

Warum werden keine Mittel für die Pflege des Grünzuges Südpanke für 2024 & 2025 bereitgestellt? Bitte um einen Bericht.

Frage Nr. 160 c, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: welche neuen Projekte; wie begründet sich der enorme Aufwuchs? 91.476.000 (fast 100 Mio. €) in 2025: Wo liegt die Haushaltsverhältnismäßigkeit?

und

Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung –

Frage Nr. 161, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: welche neuen Projekte; wie begründet sich der enorme Aufwuchs? 91.476.000 (fast 100 Mio. €) in 2025: Wo liegt die Haushaltsverhältnismäßigkeit?

und

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen –

Frage Nr. 162 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Übersicht für den Bedarf des Mittelaufwuchses in 2024 und 2025 gegenüber Ansatz 2023.

Frage Nr. 162 b, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: welche neuen Projekte; wie begründet sich der enorme Aufwuchs? 91.476.000 (fast 100 Mio. €) in 2025: Wo liegt die Haushaltsverhältnismäßigkeit?

Frage Nr. 162 c, AfD-Fraktion

Welche Ausgaben sind unter Gender Diversity-Gesichtspunkten und der Barrierefreiheit zu verstehen? Bitte einzeln ausführen und begründen.

und

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen –

Frage Nr. 163 a, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: welche neuen Projekte; wie begründet sich der enorme Aufwuchs? 91.476.000 (fast 100 Mio. €) in 2025: Wo liegt die Haushaltsverhältnismäßigkeit?

Frage Nr. 163 b, AfD-Fraktion

Welche Ausgaben sind für Gender Diversity vorgesehen? Welche Nutzungsziele werden damit verfolgt? Bitte um Begründung.

Frage Nr. 164 , Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Sind die Gelder auskömmlich?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen lfd. Nr. 160 bis 164 bereits mit der Nr. 134 zusammengefasst worden seien und schriftlich beantwortet würden.

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass allgemein zum Thema Grün Berlin GmbH ausgeführt werden solle. Das biete sich an, weil die Vertreter der Verwaltung anwesend seien.

Heidrun Fleischer (SenMVKU) führt aus, dass sie die Fragen umfänglich beantworten könne, was aber sehr umfangreich sein könne. Daher antworte sie nur auszugsweise. – Die Grün Berlin GmbH sei ein landeseigenes Unternehmen, deren Fachführung bei der SenMVKU liege. Alleiniger Gesellschafter sei die SenFin. – Die Forderung, den Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH – anzuhalten, sei nicht sinnvoll, da das dazu führe, dass die Pflichtaufgaben der Grün Berlin GmbH nicht mehr durchgeführt werden könnten. Beispielsweise würde in Grünanlagen die Verkehrssicherung entfallen. – Bezüglich der Mittelausschöpfung in den Jahren seit 2021 könne beispielhaft am Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH – ausgeführt werden. 2021 habe diese bei 30 Mio. Euro gelegen, 2022 bei 31 Mio. Euro. Dies sei auf die vorläufige Haushaltswirtschaft in diesem Jahr zurückzuführen, sodass nicht alle Projekte hätten umgesetzt werden können. Die Prognose für 2023 liege bei 37 Mio. Euro aufgrund von Preissteigerungen. Der Titel unterliege einer Deckungsfähigkeit im Rahmen der Maßnahmengruppe 03 mit den Titeln Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung –, Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen – und Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen –. Dadurch könnten Mittel aus

dem investiven Bereich verschoben werden, was aber Investitionen verzögere. Verzögerungen erhöhten die Investitionskosten aufgrund der fortschreitenden Baupreissteigerungen.

Katalin Gennburg (LINKE) spricht sich dafür aus, dass eine ausführliche Debatte zur Grün Berlin GmbH erst in der zweiten Lesung des Einzelplans und auf Grundlage des dann schriftlichen Berichts geführt werden solle. Angesichts der Mittelzuwächse auf nahezu 100 Mio. Euro sei offensichtlich, dass sich die GmbH verselbstständigt habe und es eine Grundsatzdebatte brauche.

Linda Vierecke (SPD) stimmt zu, dass der Bericht abgewartet werden solle. Bezüglich der Grün Berlin GmbH stellten sich durchaus Fragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ schlägt vor, dass ein Besprechungspunkt zur Grün Berlin GmbH angemeldet werde. Das ermögliche auch eine Debatte mit Vertretern der Grün Berlin.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten –

Frage Nr. 165, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Über wie viele Dienstwohnungen verfügen die Berliner Forsten? Wie viele der Dienstwohnungen sind bewohnbar? In welchem Zustand sind sie? Wie hoch ist der geschätzte Bedarf an Dienstwohnungen bzw. an Sanierungsmaßnahmen? An welcher sind die Kosten hierfür etatisiert? Bitte um einen Bericht.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) führt aus, dass es derzeit 30 Dienstwohnungen der Berliner Forsten – BF – gebe. Diese seien bewohnbar, hätten aber einen unterschiedlichen Sanierungsstand. Saniert werde, wenn ein Wechsel der Bewohner erfolge. Die Dienstwohnungen seien an die Tätigkeit gekoppelt. – Derzeit bestehe ein Bedarf an Revierleitern und Gespannführern im einstelligen Bereich. Das betreffe auch die Sanierungsmaßnahmen, die gegebenenfalls durch Umbau vorhandener Dienstgebäude gedeckt werden könnten. Eine konkrete umfassende Sanierungsplanung gebe es nicht. Die Steuerung erfolge im Rahmen der Ressourcen über die jährlich aktualisierte Prioritätenliste „Bauliche Unterhaltung BF“. Die Kosten seien überwiegend beim Geschäftsbesorger etatisiert und speisten sich aus Miet- und Pachteinnahmen.

Julia Schneider (GRÜNE) bittet, dass dieser Kurzbericht schriftlich übermittelt werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 165 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 166, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Über wie viele Ausbildungsstätten verfügen die Berliner Forsten? In welchem Zustand sind sie? Wie hoch ist der geschätzte Bedarf an Sanierungsmaßnahmen? An welcher sind die Kosten hierfür etatisiert? Bitte um einen Bericht.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) berichtet, dass in den vier Ausbildungsrevieren Rahnsdorf, Tegelsee, Eichkamp und Blankenfelde derzeit 24 Forstwirte ausgebildet würden. Der Zustand der Ausbildungsstätten sei in Blankenfelde, Forstamt Pankow, sehr gut, in Rahnsdorf, Köpe-

nick, und Eichkamp, Grunewald, akzeptabel mit Mängeln, die bearbeitet würden. In Tegelsee sei die Situation derzeit extrem schwierig.

Julia Schneider (GRÜNE) bittet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde. Zu Tegelsee solle ergänzt werden, welche Kosten bei einer Sanierung zu erwarten seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 166 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 167, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Im Bereich der Mitarbeitenden konnte der Frauenanteil von 2020 bis 2022 stetig erhöht werden. Was planen die Berliner Forsten um diese Entwicklung auszuweiten und sie auch in die Führungsebene zu übertragen? Gibt es Ansätze um dem bestehenden Gender-Pay-Gap bei den Berliner Forsten entgegenzuwirken?

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) führt aus, dass der Frauenanteil durch eine familienfreundliche Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung und durch die Ausweitung von Homeoffice und mobilem Arbeiten mit einer Dienstvereinbarung und von Teilzeitarbeit hätte gesteigert werden können. Anträgen auf Teilzeitarbeit werde immer stattgegeben, wenn keine zwingenden dienstlichen Belange entgegenstünden. Männer würden durch Führungskräfte ermutigt, ebenfalls Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Frauenförderung erfolge auch durch die Entwicklung weiblicher Beschäftigter. Beschäftigte in Vorgesetzten- und Leitungspositionen würden regelmäßig aktiv durch Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen geschult. – Die BF engagierten sich am Girls' Day und stellten an verschiedenen Stationen Berufe wie Försterin, Forstwirtin, Maschinenführerin, Gespannführerin und Waldpädagogin mit Vorführungen und Erklärungen vor. – Bezüglich des Gender-Pay-Gaps gebe es bei gleicher Eingruppierung keinen finanziellen Unterschied zwischen Männern und Frauen, weil der TV-L gelte.

Julia Schneider (GRÜNE) bittet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 167 schriftlich beantwortet werde.

Titel 12511 – Verkaufserlöse –

Frage Nr. 168 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Warum stagnieren die Verkaufserlöse? Welche Preisentwicklung sowie -prognose für Holz und Wild bildet die Berechnungsgrundlage für diesen Mittelansatz?

Frage Nr. 168 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Aufschlüsselung nach Holz und Wild für die beiden vergangenen Jahre (und wenn möglich Schätzung 2023)

Frage Nr. 168 c, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: Warum Einnahmen deutlich höher geschätzt als Ist 2022? Inwieweit ist dies plausibel begründbar?

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) führt aus, dass die Herleitung der Ansätze auf Schätzungen auf Grundlage der Vorjahre und der wirtschaftlichen Entwicklung basiere. Verkaufserlöse schwankten je nach Marktverhältnissen stark. Die Verkaufsmenge und -erlöse seien mit Beginn der Trockenjahre 2018 und kalamitätsbedingt in ganz Europa einbrechenden Holzmärkten zurückgegangen. Seit 2021 gebe es eine leichte Stabilisierung, gegenwärtig gebe es auch wieder eine Verschlechterung. Die Einschläge bei den BF stiegen langsam wieder an. – Zur Umsetzung des Mischwaldprogramms brauche es einen Einschlag von 90 000 Quadratmetern. Grundlage für die Erlöskalkulation seien die Preisentwicklungen auf den Märkten. Die genauen Zahlen würden in einem schriftlichen Bericht dargelegt.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, welche Verkaufserlöse eine gesicherte Abnahme von 90 Prozent der Einschläge durch das Land Berlin bringen könne. Das Holz könne etwa für Projekte im Bausektor regional genutzt werden.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) widerspricht, dass das ein sinnvoller Weg sei. Nicht jedes Holz sei für den Bau geeignet, sondern werde z. B. zu Papier weiterverarbeitet. Eine pauschale Abnahme durch das Land Berlin würde zu einer einseitigen Belastung bei den Bausortimenten führen, während andere Sortimente nicht verwendet werden könnten. Berlin müsse dann eine eigene Holzverarbeitung einrichten, was nicht zielführend sei. – Sein Ziel sei es eher, den Holzeinschlag am Absatz zu orientieren, sodass eher marktbedingt geliefert werde statt pauschal, um Geld zu erlösen. Dies entspräche auch dem gesetzlichen Auftrag. Über hochwertigere baufähige Sortimente könne auch mehr Erlös erzielt werden.

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen nachreichen werde. Die Abhängigkeit von Verkaufserlösen als zentrales Argument für den Verkauf des Holzes nach extern solle im Bericht erläutert werden. Es sei nicht sinnvoll, dass Berlin seine Waldgebiete nicht nutzen könne, um den steigenden Bedarf nach Bauholz in der Stadt zu bedienen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. N. 168 schriftlich beantwortet werde.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Frage Nr. 169, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Reichen die Aufwüchse für einen stufenweise Umstieg auf emissionsarme Technologien aus?

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) antwortet, dass die Mittel aktuell ausreichend seien.

Julia Schneider (GRÜNE) teilt mit, dass eine weitere Frage zum Bestand der emissionsarmen Technologie nachgereicht werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 169 schriftlich beantwortet werde.

Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten –

Frage Nr. 170, Fraktion Die Linke

Bitte schriftl. Bericht: wie kann Geld verausgabt werden? Ansätze auskömmlich?

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert, dass sich die Ansätze in den vergangenen fünf Doppelhaushalten positiv entwickelt hätten. Derzeit seien sie auskömmlich, wobei eine ständige Entwicklung aufgrund steigender Marktpreise beachtet werden müsse.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hälft fest, dass die lfd. Nr. 170 schriftlich beantwortet werde. – Die lfd. Nr. 171 werde schriftlich beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 171 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu 4: Warum wird bei den Forstinventurdaten eingespart?

Zu 10: Warum wird der Ansatz für die Bodenzustandserhebung gestrichen? Wie lang ist der Turnus?

Zu 14: Zu welchen Zwecken und inwiefern soll eine Aufwertung der Liegenschaftsdaten erfolgen?

Zu 15: Welche Maßnahmen der Dekarbonisierung sind geplant?

Frage Nr. 171 b, AfD-Fraktion

Teilansatz 15: Welche konkreten Maßnahmen sind hier vorgesehen? Geplante Projekte bitte für 2024 und 2025 erläutern.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert, dass die flächige Inventur für 2023 weitgehend abgeschlossen sei. Eine Stichprobeninventur sei bei verfügbarem Personal 2024/25 wünschenswert. Großteil der Kosten falle in 2024. – Die Bodenzustandserhebung finde als Großrauminventur des Bundes und der Länder alle 15 Jahre statt. Der größte Teil werde 2023 abgeschlossen, sodass 2024 nur geringfügig Mittel erforderlich seien. – Zum Teilansatz 14 gelte, dass zur Herstellung von Transparenz der Verwaltung ein Controlling und hierfür ein EDV-gestütztes Informationssystem gebraucht werde. – Zur Dekarbonisierung würden zum einen niedrigschwellige Einzelmaßnahmen wie die Umrüstung auf LED-Leuchten durchgeführt. Zum anderen gebe es auch zwei Leuchtturmprojekte, wo Standorte klimagerecht etwa mit Photovoltaik, Solarthermie, Ladeinfrastruktur, Wärmepumpen und einem Energiemanagement ertüchtigt würden. Das seien das Forstamt Pankow und das Forstdienstgebäude Schuchardtweg. – Der Rest werde schriftlich beantwortet.

Julia Schneider (GRÜNE) teilt mit, dass die Nr. 172 a beantwortet sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 172 b schriftlich beantwortet werde. Nr. 172 a sei erledigt.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 173, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Baumpflanzungen: Besteht hier Potenzial, die Veranstaltung auszubauen?

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) antwortet, dass das Potenzial weder bei der Betreuung noch bei der bepflanzbaren Fläche ausgebaut werden könne.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt nach, ob mit mehr Mittel die Betreuung ausgebaut werden könne.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) betont, dass die Fläche der limitierende Faktor sei und diese nicht mehr erweitert werden könne. – Im Rahmen des 10 000-Bäume-Programms entwickelten die vier Ausbildungsstandorte Konzepte für die Pflanzung von 2 500 Bäumen, die noch 2023 umgesetzt würden. Das sei aber eine Ausnahme, da es sonst keine weiteren Flächen mehr gebe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 173 erledigt sei.

Titel 54109 – Mischwaldprogramm –

Frage Nr. 174 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Inwiefern wurden die Mittel im DHH 22/23 ausgeschöpft? Welche organisatorischen und strukturellen Bedingungen bedingen ein Absenken des Ansatzes? Wie viel Hektar Wald können mit den Mitteln umgebaut werden?

Auf welcher Berechnungsgrundlage fußen die Schwankungen in der Mittelzuweisung zwischen 2022, 2023 und den geplanten Ansätzen für 2024 und 2025?

Frage Nr. 174 b, Fraktion Die Linke

Warum Ansätze nicht wie Ansatz 2023? „Weniger in Anpassung an die organisatorischen und strukturellen Bedingungen um effizient und effektiv den Waldumbau umzusetzen.“: Bitte schriftl. ausführlicher erläutern!

Frage Nr. 174 c, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung der erheblichen Kürzung: Warum wird dieses, für den Berliner Waldumbau maßgebliche Programm stark gekürzt? Wäre es nicht nötig, es stattdessen weiter auszubauen und ggf. die nötigen Strukturen zu schaffen, um die Mittel verausgaben zu können?

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert zu Nr. 174 b und c, dass die Mittel des Doppelhaushalts 2022/2023 ausgeschöpft würden. 2023 habe es eine einmalige Erhöhung des Ansatzes durch das Parlament gegeben. Die 1,6 Mio. Euro seien das Budget, das unter Berücksichtigung von Erholungs- und Naturschutzbelangen und einer Qualitätssicherung und Folgebetreuung der Flächen sinnvoll bearbeitet werden könne. Die Umbaufläche pro Jahr betrage 120 bis 150 Hektar.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Nr. 174 schriftlich beantwortet werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frage Nr. 175, Fraktion Die Linke

Wie begründet sich der enorme Aufwuchs? Bitte schriftl. Darstellung, welchen Anteil die Energiekosten ausmachen

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert, dass auf Grundlage eines Geschäftsbesorgervertrags zwischen der BF und der WoBeGe mbH über die Übertragung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Flächen der Berliner Forsten die Finanzierung von Ausgaben für Betriebskosten, Heiz- und Warmwasserkosten durch die BF sichergestellt werde, wenn diese im Einzelfall von der Geschäftsbesorgerin nicht leistbar seien. – Der Ansatz der Anmeldungen zum Nachtragshaushalt 2022/2023 von plus 2,5 Mio. Euro erkläre sich aufgrund der derzeitigen geopolitischen Versorgungslage. Erhebliche Steigerungen der Energiekosten würden erwartet. Weitere Erläuterungen und Zahlen würden schriftlich nachgereicht.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 175 schriftlich beantwortet werde.

Titel 68458 – Zuschüsse an die Organisationen für die Waldschularbeit –

Frage Nr. 176 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Sind die finanziellen Mittel ausreichend um alle Waldschulen auskömmlich zu finanzieren?

Auf welcher Berechnungsgrundlage ergeben sich die Mittelaufwüchse bei den einzelnen Schulen? Bitte legen Sie bei jeder einzelnen Schule die zusätzlichen Bedarfe und die jeweiligen Mittelzuwendungen dar?

Auf welcher Grundlage beruhen die hohen Varianzen in den Mittelzuwendungen zwischen den einzelnen Schulen? Warum erhält die INU gGmbH einen besonders deutlichen Mittelaufwuchs verglichen zu den anderen Schulen?

Frage Nr. 176 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen Bericht über die Arbeit der Waldschulen.

Frage Nr. 176 c, Fraktion Die Linke

Welche Ursachen liegen dem Aufwuchs zugrunde? Inwiefern ist der Ansatz dennoch auskömmlich?

Danny Freymark (CDU) bittet, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde. Mündlich könne kurz erläutert werden, warum die Mittelerhöhung einer Waldschule besonders deutlich ausfalle.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) bittet, dass präzisiert werde, um welche Schule es sich handle.

Danny Freymark (CDU) antwortet, dass die gemeinte Waldschule von der INU GmbH betrieben werde

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) weist hin, dass die INU GmbH mehrere Waldschulen für die BF betreibe.

Danny Freymark (CDU) präzisiert, dass im Haushaltsplan drei Zuwendungen dargestellt seien, davon eine bei der INU, die erhebliche Aufwüchse von 30 bis 40 Prozent erhielten. Andere bekämen nur 10 Prozent. Stehe eine größere Investition an?

Julia Schneider (GRÜNE) teilt mit, dass ihre Fraktion noch eine Frage nachreichen werde, ob dies mit dem Thema des Wasseranschlusses der Waldschulen zusammenhänge

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert, dass die Erhöhungen nicht mit dem Wasseranschluss zusammenhänge, weil diese investiven Kosten über die Bauunterhaltung abgewickelt würden. Die Erhöhung gehe auf die Fehlbedarfsfinanzierung der einzelnen Träger der Waldschulen zurück, was hauptsächlich Personalmittel seien. Das sei von der Anzahl der Schulen eines Betreibers abhängig. Keine Einrichtung werde bevorzugt.

Danny Freymark (CDU) bittet, dass der Bericht um Auskünfte erweitert werde, welche Waldschule welche Zuwendungen für welche Aufgabe erhalte.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) teilt mit, dass diese detaillierte Darstellung nicht möglich sei. Die Waldschulen müssten sich selbst finanzieren. Die BF deckten über die Fehlbedarfsfinanzierung nur die finanziellen Lücken. Den BF sei nicht bekannt, welcher Teil vom Geld wegen welcher Lücke notwendig sei.

Danny Freymark (CDU) bittet, dass ein Vorschlag gemacht werde, wie die Waldschulen gezielter unterstützt werden könnten. Es gebe ein übergreifendes Bedürfnis, die Waldschulen zu stärken.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert, dass seitens des Parlaments die Waldschulen vor allem über die Unterhaltung und den Betrieb der Gebäude gezielt unterstützt werden könnten. Die Gebäude gehörten den BF, die dafür nur geringe Mittel zur Verfügung hätten. Es sei kontraproduktiv, über das Personal zu fördern. Wenn die Waldschulen mehr Personal einstellten, schaffe das eine größere Lücke, was dazu führe, dass die Waldschulen selbst mehr Mittel einsetzten müssten

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 176 schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 0752 – Pflanzenschutzamt –

Frage Nr. 177, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen kurzen Bericht über die aktuelle Arbeit des Pflanzenschutzamtes. Welche Finanzmittel werden verausgabt, um Pflanzenschutz möglichst pestizidfrei gestalten zu können? Welche Finanzmittel werden veranschlagt, zur For-

schung/Erprobung klimaresilienter Bäume? Wie ist der aktuelle Stand bzgl. der Bekämpfung er sog. invasiven Arten? Sind die Haushaltsmittel dafür auskömmlich?

Peter Boas (Pflanzenschutzamt) teilt mit, dass die Frage besser schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 177 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 178, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie kommt es zu dem aufgeführten Fehlbetrag?

Peter Boas (Pflanzenschutzamt) erläutert, dass aus dem Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT – zwei Softwarelösungen bezahlt worden seien, die für die tägliche Arbeit der Labore seines Amtes notwendig seien. Zum einen sei das eine Datenbank, worüber das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit Informationen über den Zulassungsstand von Pflanzenschutzmitteln inklusive Angaben von Anwendungsbestimmungen und Aufwandmengen übermittle. Zum anderen seien ungefähr 1 700 Euro für das elektronische Labortagebuch Labfolder ausgegeben worden. Dies sei notwendig, da für 2026 eine Akkreditierung der Labore angestrebt werde, wofür es ein Qualitätsmanagementsystem brauche. Ohne Akkreditierung würden die Laborergebnisse nicht anerkannt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 178 damit erledigt sei.

Einzelplan 27

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Titel 52131 – Maßnahmen für die Stadtverschönerung –

Frage Nr.179 , Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wieso fällt dieser Titel weg? Welche Bezirke haben in jeweils 2022 und 2023 in welcher Höhe Finanzmittel abgerufen?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass der Titel aufgrund der Haushaltskonsolidierung weggefallen sei. Die Maßnahmen könnten aber in anderen Titeln veranschlagt werden. Ein Überblick könne schriftlich gegeben werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 178 schriftlich beantwortet werde.

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass im Bericht konkret ausgeführt werde, welcher Bezirk für welches Projekt Mittel abgerufen habe, damit die Zielsetzung und Maßnahmen nachvollzogen werden könnten.

Julia Schneider (GRÜNE) unterstreicht, dass es bedauerlich sei, dass der Titel wegfalle. Die Bezirke hätten den Titel gerne genutzt. Es solle genau aufgeschlüsselt werden, auf welche anderen Titeln die Bezirke nun zurückgreifen könnten.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob der Titel wegfalle oder die Mittel auf andere Titel aufgeteilt worden seien.

Beate Züchner (SenMVKU) antwortet, dass der Titel in Gänze weggefallen sei.

Stefan Reepschläger (SenMVKU) erinnert, dass der Titel in den letzten Haushaltsberatungen vom Parlament geschaffen worden sei. Die Senatsverwaltung hätte ihn seinerzeit nicht angemeldet.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, ob der Titel für die Kiezblocks gedacht gewesen sei.

Julia Schneider (GRÜNE) stellt klar, dass ein anderer Titel für die Kiezblocks gedacht sei. Mit diesem Titel hätten die Bezirke flexibel Entsiegelungsmaßnahmen umsetzen können.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass transparent dargestellt werden solle, ob die Bezirke diese Maßnahmen weiterhin umsetzen könnten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 179 schriftlich beantwortet werde. – Die lfd. Nr. 180 werde schriftlich beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 181, Fraktion Die Linke

In 23 gab es in 2707 5401 Dienstleistungen Nr. 6 ein Kleinbusprojekt Blankenburg 2023. Dieses fällt weg: was ist der Hintergrund? Warum entfällt es? Was ist der Ersatz? Ersatz in 0730?

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass für die Kiezbuslinie im Pankower Ortsteil Blankenburg die Straßen die Straßen unterdimensioniert und Straßenbaumaßnahmen notwendig seien. Zur Finanzierung des Straßenbaus seien durch das Parlament im Haushalt 2022/2023 im dafür nicht nutzbaren Dienstleistungstitel veranschlagt worden. 2023 seien dem Bezirk aus diesem Titel Mittel zur auftragsweisen Bewirtschaftung für die Planungen des Straßenbaus übertragen worden. Die Umsetzung der Planungen müsse aber nun als investive Straßenbaumaßnahme etatisiert und umgesetzt werden.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, ob das Kleinbusprojekt wegfalle oder in einem anderen Titel veranschlagt sei.

Andreas Beaskow (SenMVKU) ergänzt, dass das Kiezbusprojekt nicht gestrichen werde. Derzeit liefen die Planungen für die Schaffung der baulichen Voraussetzungen. Derzeit könne dort gar kein Bus fahren. An die Planung schließe sich die Umsetzung an, die wie erläutert aus anderen Mitteln finanziert werden müsse. Sobald dies umgesetzt worden sei, könne die Verkehrsleistung durch die Abteilung IV der SenMVKU bestellt werden.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass das schriftlich erläutert werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 181 schriftlich beantwortet werde.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –

Frage Nr. 182, Fraktion Die Linke

Strategie Stadtlandschaft, hier Parkbetreuung: wie teilt es sich für die Bezirke auf? Müssen Bezirke die Betreuung beauftragen oder wird dies als Regelleistung in eine Dauerhaftigkeit überführt?

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass diese Frage im Zusammenhang mit der Beantwortung der lfd. Nr. 107 besprochen worden sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die lfd. Nr. 182 im Zusammenhang mit der Nr. 107 schriftlich beantwortet werde. – Die lfd. Nr. 183 werde schriftlich beantwortet.

Die erste Lesung des Einzelplans 07 sei beendet. Die beschlossenen Berichte erwarte der Ausschuss als Sammelvorlage bis zum 28. September 2023. Alle dem Ausschuss überwiesenen Titel würden zur zweiten Lesung zurückgestellt. Die Beratung werde zum Zwecke der zweiten Lesung bis zum 12. Oktober 2023 vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.